

Schriften des Historischen Kollegs

Herausgegeben
von der
Stiftung Historisches Kolleg

Vorträge

6

Gerald D. Feldman

**Bayern und Sachsen
in der Hyperinflation 1922/23**

München 1984

Schriften des Historischen Kollegs
im Auftrag der
Stiftung Historisches Kolleg im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft
herausgegeben von
Theodor Schieder†
in Verbindung mit
Horst Fuhrmann, Alfred Herrhausen, Christian Meier,
Horst Niemeyer, Karl Stackmann und Rudolf Vierhaus
Geschäftsführung: Georg Kalmer
Redaktion: Elisabeth Müller-Luckner
Organisationsausschuß: Georg Kalmer, Franz Letzelter,
Elisabeth Müller-Luckner, Heinz-Rudi Spiegel

Die Stiftung Historisches Kolleg hat sich die Aufgabe gesetzt, Gelehrten aus dem Bereich der historisch orientierten Wissenschaften, die sich durch herausragende Leistungen in Forschung und Lehre ausgewiesen haben, während eines Kollegjahres die Möglichkeit zu bieten, frei von anderen Verpflichtungen eine größere Arbeit abzuschließen. Zu diesem Zweck vergibt die Stiftung Forschungsstipendien, deren Verleihung zugleich eine Auszeichnung darstellen soll. Professor Dr. Gerald D. Feldman (Berkeley) war – zusammen mit Professor Dr. Erich Angermann (Köln) und Professor Dr. Hartmut Hoffmann (Göttingen) – Stipendiat des Historischen Kollegs im Kollegjahr 1982/83. Den Obliegenheiten der Stipendiaten gemäß hat Gerald D. Feldman aus seinem Arbeitsbereich einen öffentlichen Vortrag zu dem Thema „Bayern und Sachsen in der Hyperinflation 1922/23“ am 6. Juni 1983 in der Bayerischen Akademie der Wissenschaften gehalten, der zuerst in der „Historischen Zeitschrift“ (Band 238, Heft 3, 1984, S. 569–609) veröffentlicht wurde.

Die Stiftung Historisches Kolleg wird vom Stiftungsfonds Deutsche Bank zur Förderung der Wissenschaft in Forschung und Lehre getragen und vom Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft treuhänderisch verwaltet.

INFLATIONEN pflegt man viel lebendigere und griffigere Attribute zu verleihen als Rezessionen und Depressionen. Inflationen „schleichen“, „traben“ oder „galoppieren“ und kulminieren in einer *Hyperinflation* – Rezessionen und Depressionen sind allenfalls „mild“ oder „schwer“. Insgesamt ist von Rezessionen und Depressionen in einem sachlichen, fast könnte man sagen, respektvollen Ton die Rede, was möglicherweise mit dem wirtschaftstheoretischen Stellenwert dieser ökonomischen Phänomene zu erklären ist. Sie sind einerseits fest in die Konjunkturtheorie eingebettet, andererseits werden sie – aus der Perspektive eines wiederherzustellenden ökonomischen Gleichgewichts heraus – als notwendige, auf eine hochkonjunkturelle Expansionsphase folgende Sanierungsprozesse positiv beurteilt. Inflationen besitzen hingegen in der Wirtschaftstheorie keinen vergleichbaren legitimen Status und werden selbst von den Befürwortern einer defizitären Haushaltspolitik abgelehnt. Daß sich der Wirtschaftswissenschaftler aufgrund seiner theoretischen Modelle, Darstellungen oder Ursachenerklärungen des Phänomens einen Namen machen kann, ist gut vorstellbar. Doch würde

Dieser Aufsatz ist die ungekürzte Fassung eines öffentlichen Vortrages vom 6. Juni 1983, der in der Bayerischen Akademie der Wissenschaften vom Autor als Stipendiat der Stiftung Historisches Kolleg im Stifterverband für die deutsche Wissenschaft gehalten wurde.

Die Forschungsarbeiten, die diesem Aufsatz zugrunde liegen, wurden durch die finanzielle Unterstützung von seiten der Stiftung Volkswagenwerk ermöglicht. Besonderen Dank schuldet der Verfasser Frau Dr. Elisabeth Müller-Luckner, den Professoren Knut Borchardt und Hans Mommsen und Herrn Martin Geyer für ihre nützlichen Hinweise und anregende Kritik. Das Manuskript übersetzte Frau Dr. Norma von Ragenfeld.

er – wie manche Wirtschaftswissenschaftler, die Rezessionen mit Überzeugung und sogar Enthusiasmus in Kauf nehmen – eine Inflation für empfehlenswert halten, so würde er höchstwahrscheinlich kaum Anerkennung bei seinen Fachkollegen ernten¹⁾.

Im Wirtschaftsleben stellen Inflationen in diesem Sinne einen Fremdkörper dar: Solange eine Inflation von einer Größenordnung von jährlich ca. zehn Prozent Kaufkraftverlust als schleichende bezeichnet wird, richtet sie noch den geringsten Schaden an; bedenklicher wird es, wenn die Inflation diese Grenze übersteigt und der Währungsverfall zwischen zehn und fünfzig Prozent im Jahr beträgt; bei der Beschleunigung ihres Tempos auf fünfzig Prozent im Jahr ist sie als „galoppierende“ Inflation noch erschreckender; bei Preiserhöhungen von über fünfzig Prozent im Monat hat sie das Stadium einer Hyperinflation erreicht, die sich auf die Währung ebenso zerstörerisch auswirkt wie ein bösartiger Tumor auf den Körper²⁾.

Deutschland hat die zweifelhafte Ehre, als einziges industrialisiertes Land der Welt zwei große Inflationen bzw. Währungsreformen in diesem Jahrhundert – in den Jahren 1922/23 und 1946/48 – durchgestanden zu haben. Gewiß war die Erfahrung für die Deutschen alles andere als erfreulich; andererseits hat sie die Phantasie von Wirtschaftswissenschaftlern wie von Schriftstellern in ungewöhnlicher Weise beflügelt. In den Wirtschaftswissenschaften hat die Erfahrung der Inflation bemerkenswerte Theorien inspiriert, die die durch die Inflationserfahrung bedingten rationalen Erwartungen betreffen, d.h. analytisch durchleuchten, auf welche Art und Weise die mit der Hyperinflation konfrontierte Bevölkerung sich anzupassen versuchte, indem sie beim Ein- und Verkauf von Produkten zukünftige Preiserhöhungen antizipierte. Danach sind die mit der Hyperinflation sich manifestierenden Verhaltensweisen der Massen von einer außergewöhnlichen Rationalität gekennzeichnet. Die richtige Vorausberechnung des Geldumlaufs und der Preise bedeutet also, daß sich die Massen ebenso verhalten, wie dies von der entsprechenden ökonomischen Theorie als richtig postuliert wird³⁾.

¹⁾ Vgl. *Harald Scherf*, Inflation, u. *Hans-Jürgen Vosgerau*, Konjunkturtheorie, in: *Willi Albers* et. al. (Hrsg.), *Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaft*, Bd. IV (Stuttgart usw. 1978), S. 159–184 u. 478–507.

²⁾ *Carl-Ludwig Holtferich*, *Die deutsche Inflation 1914–1923* (Berlin u. New York 1980), S. 10; im folgenden zitiert: *Holtferich*, Inflation.

³⁾ Siehe die kurze, treffliche Erörterung von *J. A. Trevithick*, *Inflation. A Guide to the Crisis in Economics* (London 1980), S. 69–71.

Am entgegengesetzten Ende des Spektrums unterschiedlicher Erklärungsfaktoren steht die Meinung des Schriftstellers und Philosophen Elias Canetti, dessen tiefsinnige Deutung manchen sicherlich mystischer und weniger empirisch fundiert erscheint. Auch Canetti beschäftigt sich mit den Reaktionen der Massen auf die Inflation, wobei für ihn nicht deren Rationalität, sondern deren Irrationalität im Vordergrund steht, wenngleich diese Irrationalität einer gewissen inneren Logik nicht entbehrt. Canetti unterstreicht das Trauma der Inflation: „Man kann sagen, daß es in unseren modernen Zivilisationen außer Krieg und Revolutionen nichts gibt, das sich in seiner Tragweite mit Inflationen vergleichen läßt. Die Erschütterungen, die sie bewirken, sind so tiefer Natur, daß man es vorzieht, sie zu verheimlichen und zu vergessen.“⁴⁾ Ferner identifiziert er die mit der Geldentwertung einhergehenden Erfahrungen mit einer Erniedrigung des einzelnen in der Masse: Die Inflation „wirft Menschen zusammen, deren materielle Interessen sonst weit auseinanderliegen. Der Lohnempfänger ist davon so betroffen wie der Rentier ... Die Inflation hebt Unterschiede zwischen Menschen auf, die für die Ewigkeit geschaffen schienen, und wirft Leute, die einander sonst kaum begrüßt hätten, in ein und derselben Inflationsmasse zusammen.“⁵⁾ Das Ringen, sich vor den vielen Demütigungen zu retten, führt letztlich zum Holocaust, insofern als in „der Behandlung der Juden ... der Nationalsozialismus den Prozeß der Inflation auf das genaueste wiederholt (hat) ... Man ist noch heute fassungslos darüber, daß Deutsche so weit gegangen sind, daß sie ein Verbrechen von solchen Ausmaßen, sei es mitgemacht, sei es geduldet oder übersehen haben. Man hätte sie schwerlich so weit bringen können, wenn sie nicht wenige Jahre zuvor eine Inflation erlebt hätten, bei der die Mark bis auf ein Billionstel ihres Wertes sank. Es ist diese Inflation als Massenphänomen, die von ihnen auf die Juden abgewälzt wurde.“⁶⁾

Wie soll nun der Historiker auf solch unterschiedliche Erklärungsmodelle eines historischen Ereignisses reagieren? Die verschiedenen Theorien über rationale Erwartungen sollten – unbeschadet ihres erkenntnisleitenden Interesses – das Mißtrauen des Historikers erregen, zumal sie oft ausschließlich solche Daten heranziehen, die

⁴⁾ *Elias Canetti*, *Masse und Macht* (Düsseldorf 1980), S.202.

⁵⁾ *Ebd.*, S.206.

⁶⁾ *Ebd.*, S.207.

die aufgestellten Hypothesen untermauern, hingegen andere Faktoren nicht oder nicht hinreichend berücksichtigen, die diesen entgegenstehen⁷⁾. Was Canetti betrifft, kann sich kein Historiker erlauben, einen dermaßen weiten Bogen von einer historischen Erfahrung zur anderen zu spannen; der simple Sachverhalt, daß Hitlers erster Versuch der Machtergreifung mit dem Höhepunkt der Inflation 1923 zusammenfiel – um mit diesem Hinweis Canettis Überlegungen zuzuspitzen –, kann schwerlich als grundlegende Erklärung für das Verhalten Hitlers zwei Jahrzehnte später herangezogen werden, als dieser im Zenit seiner Macht stand und endgültig in die Tiefen der Unmenschlichkeit abgeglitten war. Nichtsdestoweniger stellen diese beiden entgegengesetzten Zugangsweisen zum Problem der deutschen Inflation eine Herausforderung für den Historiker dar, zumal sie zugleich als zentrale Aspekte seiner Untersuchung zu betrachten sind, da sie zwei wichtige Erscheinungsformen der Inflationserfahrung zum Ausdruck bringen, die der auf eine wirklichkeitsnahe Beschreibung gerichtete Historiker in ihrer wechselseitigen Beziehung sehen soll. Denn während der Inflation verschränkten sich zwei konträre Verhaltensmuster auf eigenartige Weise: Einerseits der durch die Hyperinflation aufgezwungene und von der Masse der Bevölkerung vollzogene Anpassungsprozeß sowie die ihm entsprechenden rationalen Kalküle, andererseits der Zorn und die Enttäuschung der Massen und die ihnen entspringende latente oder tatsächliche Gewaltanwendung.

In diesem Vortrag möchte ich mich mit den sozial-psychologischen und politischen Reaktionen auf die Hyperinflation von 1922/23 am Beispiel Bayerns und Sachsens befassen. Zwar haben mich äußere Umstände dazu veranlaßt, mein Augenmerk auf diese beiden Regionen zu richten: Zunächst erschien es sowohl naheliegend als auch bei dieser Gelegenheit angemessen, ein spezifisch bayerisches Thema aufzugreifen. Ferner lag es in meiner Absicht, bestimmte neuartige Quellen, die ich in den Dresdner Archiven als einer von wenigen westlichen Historikern einsehen konnte, auszu-

⁷⁾ Eine sachkundige und ausgewogene Diskussion dieser Probleme findet sich bei *Steven B. Webb*, Money Demand and Expectations in the German Hyperinflation: A Survey of the Models, in: *Nathan Schmukler u. Edward Marcus* (Hrsg.), *Inflation Through the Ages: Economic, Social, Psychological and Historical Aspects* (New York 1983), S. 435–449; im folgenden zitiert: *Schmukler und Marcus*. *Inflation Through the Ages*.

werten⁸⁾. Doch entspringt die Wahl dieses Themas erwartungsge-
mäß vorwiegend historiographischen Interessen. Es soll daran erin-
nert werden, daß, obschon in unseren Tagen kaum ein anderes
Land weiter von Bayern abzuliegen scheint als das rote Sachsen im
Jahre 1983, die sächsischen Ereignisse von 1923 auf Bayern unmit-
telbar einwirkten, zumal im Herbst dieses verhängnisvollen Jahres
zu befürchten war, daß die schwelenden Streitigkeiten zwischen den
kommunistischen Hundertschaften Sachsens – einschließlich seiner
thüringischen Verbündeten (letztere werden der Kürze halber unter
den sächsischen subsumiert) – und den faschistischen, monarchisti-
schen und rechtsradikalen Wehrverbänden, die den bayerischen
Staat unsicher machten, in offene und bewaffnete Konflikte überzu-
gehen drohten. Der politische Hintergrund dieser Ereignisse, die am
6. November 1923 in der Besetzung Sachsens durch die von dem
Kabinett Stresemann entsandten Reichswehreinheiten und drei
Tage später in der Unterdrückung des Hitler-Putsches durch die
bayerische Polizei kulminierten, ist relativ gut bekannt⁹⁾. Hingegen
haben die sozialen und ökonomischen Hintergründe des sich zwi-
schen Bayern und Sachsen anbahnenden Konfliktes sowie die

⁸⁾ Die einschlägigen Quellensammlungen im Bayerischen Hauptstaatsarchiv
München (BayHStA) und sächsischen Landeshauptarchiv Dresden (LHStA)
sind außerordentlich reichhaltig. Nicht nur für die Genehmigung zur Ein-
sicht in die Quellen möchte der Verf. seinen besonderen Dank den jeweili-
gen Archivaren und Mitarbeitern der beiden Archive aussprechen, sondern
ebenso für deren großzügige Hilfe, die ihm bei der Bereitstellung der Archi-
valien zuteil wurde. Was immer man von der politischen Teilung Deutsch-
lands hält, fest steht, daß die fortdauernde Vernachlässigung der histori-
schen Berührungspunkte, die den getrennten Gebieten eigen sind, für die Hi-
storiographie auf beiden Seiten der Grenze nur Nachteile bringen kann.

⁹⁾ Die Forschungsliteratur zum Hitlerputsch ist nahezu überwältigend. Die
nützlichsten und umfassendsten Untersuchungen sind die folgenden: *H. H.
Hofmann*, *Der Hitlerputsch* (München 1961); *Harold J. Gordon*, *Hitler-
putsch 1923* (Frankfurt a./M. 1971). Eine weitaus weniger zufriedenstellende
Darstellung der Ereignisse in Sachsen findet sich bei: *Klaus Hohlfeld*, *Die
Reichsexekution gegen Sachsen im Jahre 1923, ihre Vorgeschichte und poli-
tische Bedeutung*, Diss. Phil. (Erlangen 1964); *Walter Fabian*, *Ein Stück Ge-
schichte* (Löbau 1930); *R. Wagner*, *Zur Frage der Massenkämpfe in Sachsen
im Frühjahr und Sommer 1923*, und *H. Gast*, *Die proletarischen Hundert-
schaften 1923*, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 4 (1956). Zu den
Vorgängen in Bayern und Sachsen aus der Perspektive der Reichsregierung,
siehe: *Karl Dietrich Erdmann* und *Martin Vogt* (Hrsg.), *Die Kabinette Strese-
mann I u. II* (Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Boppard am
Rhein 1978).

Rolle, die die Hyperinflation sowohl in den politischen Vorgängen in Bayern und Sachsen als auch in deren Kollisionskurs einnahmen, in der Forschung noch wenig Beachtung gefunden, desgleichen deren langfristige Auswirkungen.

I.

Im Spätsommer und Herbst 1921 trafen eine Reihe von Faktoren zusammen, die Deutschland auf die Bahn einer galoppierenden Inflation und schließlich der Hyperinflation brachten, in deren Folge die alte Währung ein für allemal zerstört wurde. Für die Deutschen war die Inflation zu diesem Zeitpunkt kein Novum mehr, aber um zu verstehen, wie es dazu kam, ist hier eine kurze Skizze ihres früheren Verlaufs angebracht¹⁰⁾. Die Inflation war schon seit Kriegsausbruch im Gange, da die Regierung es vorzog, ihren erforderlichen Rüstungsbedarf mit Hilfe von Kriegsanleihen, die sich als unzureichend erwiesen, und des ausgiebigen Gebrauchs der Notenpresse zu finanzieren, anstatt kostendeckende Steuererhöhungen vorzunehmen. Niederlage und Revolution verschlimmerten weiterhin die finanziellen Probleme für die Reichsregierung. Es erwies sich als notwendig, enorme Mengen von Nahrungsmitteln und Rohstoffen zu importieren, für die nur mit Devisen gezahlt werden konnte; bei ihren Bemühungen, den sozialen Frieden aufrechtzuerhalten, sah sich die Regierung dazu gezwungen, für weite Teile der Bevölkerung Lebensmittel und Kleidung zu subventionieren, desgleichen, um die Lage der Arbeitslosen zu mildern, für Erwerbslosenunterstützung, Notstandsarbeiten sowie Aufträge der öffentlichen Hand aufzukommen und im industriellen Bereich eine Lohn-Preis-Spirale hinzunehmen. Insoweit die Regierung den Versuch machte, die Preise zu kontrollieren, richteten sich diese Maßnahmen vornehmlich gegen Bauern und Einzelhändler. Das sogenannte System der Zwangswirtschaft zwang die Landbevölkerung, ihre Produkte nur zu den festgesetzten Preisen abzugeben; die Einzelhändler waren verpflichtet, ihre Ware entweder zu Festpreisen oder aufgrund bestimmter Preisrichtlinien zu verkaufen. Gleichzeitig gab es

¹⁰⁾ Siehe hierzu *Holtfrerich*, Inflation; *Gerald D. Feldman*, The Historian and the German Inflation, *Carl-Ludwig Holtfrerich*, Political Factors in the German Inflation 1914–1923, und *Peter-Christian Witt*, Tax Policies, Tax Assessment and Inflation: Toward a Sociology of Public Finances in the German Inflation 1914–1923, in: *Schmukler und Marcus*, Inflation Through the Ages, S. 386–416, 450–472.

strenge Mietkontrollen, und man bemühte sich auch in gewissem Umfang, die Rohstoffpreise der Schwerindustrie unter Kontrolle zu bringen. Die Zwangswirtschaft führte zu einem weitverbreiteten Schleichhandel, zum Horten von Konsumgütern und zu Marktverzerrungen. Im Laufe des Jahres 1920 kam die Reichsregierung zunehmend zu der Einsicht, daß sie der Erhöhung der Produktion die Priorität geben müsse; sie begann daher mit dem Abbau der Zwangswirtschaft, wenngleich die Bauern auch weiterhin einen bestimmten Prozentsatz ihres Getreides – die sogenannte Getreideumlage – zu Festpreisen abliefern mußten. Das dichte Netz von Preisprüfungsstellen, die auf der Grundlage von ebenso komplizierten wie verwirrenden Verordnungen Preise zu überprüfen und den sogenannten Wucher strafrechtlich zu verfolgen hatten, wurde sogar noch erweitert.

Dem Abbau der Zwangswirtschaft kam die zwischen dem Frühjahr 1920 und Anfang 1921 stattfindende relative Stabilisierung der Währung zugute. Eine Reihe weiterer Faktoren – die Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung im Innern, die Verabschiedung einer durchgreifenden Steuerreform unter Erzberger von 1919/20, die steigende Gütererzeugung und das wachsende ausländische Interesse an einer wirtschaftlichen Stabilisierung Deutschlands – trugen dazu bei, der Inflation Einhalt zu gebieten, die sich in der zweiten Hälfte des Jahres 1919 und nach dem Abschluß des Versailler Vertrages rapide beschleunigt hatte. Für die relative Stabilisierung war letztlich die Tatsache von fundamentaler Bedeutung, daß ausländische Spekulanten Millionen von in Mark rückzahlbarer Devisen in Deutschland anlegten. Sie taten dies in der Annahme, daß Deutschland seine Angelegenheiten wieder in Ordnung bringen und der Wert der Mark weiterhin steigen würde.

Doch hatte die Inflation damit noch kein Ende gefunden, und es darf nicht übersehen werden, daß Deutschland noch immer wichtige Vorteile daraus ziehen konnte. Die Inflation erleichterte es, nicht nur den sozialen Frieden in einer Zeit innerer Spannungen aufrechtzuerhalten, sondern auch den wirtschaftlichen Wiederaufbau rascher zu bewältigen, als dies sonst möglich gewesen wäre. Die Produktions- und Arbeitskosten lagen infolge der Inflation in Deutschland weit niedriger als im Ausland, und so konnten Konkurrenten auf dem ausländischen Markt unterboten und die auf diese Weise erzielten Deviseneinnahmen für die Erneuerung von Industrieanlagen verwendet werden. Obwohl die relative Stabilisie-

rung auch etwas mehr Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit mit sich brachte, zumal mit dem erhöhten Wert der Mark die realen Inlandpreise anstiegen, blieb der Wert der deutschen Währung dennoch gering genug, um das Beschäftigungsniveau hoch zu halten, während Großbritannien und die Vereinigten Staaten zur gleichen Zeit schwere Depressionen durchmachten. Darüber hinaus war diese Konstellation auch in anderer Hinsicht für die Deutschen vorteilhaft. Sie waren davon überzeugt, daß sie die Inflation erst dann beenden könnten, wenn die Alliierten die deutschen Reparationsverpflichtungen entscheidend herabsetzen und dem Reich eine umfassende Stabilisierungsanleihe gewähren würden. Um den Alliierten dieses klar zu machen, schienen sowohl die Beibehaltung der Inflation als auch der dadurch bewirkte Export von Arbeitslosigkeit der richtige Weg zu sein.

Doch zum Leidwesen Deutschlands erwiesen sich solche Strategien als Fehlschlag. Ereignisse wie das Londoner Ultimatum, das den Deutschen im Mai 1921 eine Reparationsschuld von 132 Milliarden Goldmark auferlegte, die Teilung Oberschlesiens und weiterhin die Notwendigkeit, umfassende Markbeträge gegen Devisen zu verkaufen, um die im Sinne der von Wirth und Rathenau angestrebten Erfüllungspolitik fällig werdende erste Reparationszahlung leisten zu können, hatten insgesamt einen vernichtenden Effekt auf die Währung. Gleichzeitig stellte sich zunehmend heraus, daß die durch die Erzbergersche Steuerreform erzielten Steuereinnahmen weder ausreichen würden, das anwachsende Defizit des Reiches zu decken und schon gar nicht, dessen schwebende Schuld zu reduzieren. Denn der zeitliche Abstand zwischen der Verabschiedung des Reformgesetzes und seiner Inkraftsetzung erlaubte es den reichen und begüterten Steuerzahlern, die Gesetzeslücken zu ihrem Vorteil auszunutzen und – was noch wichtiger war – ihre Steuern in einer entwerteten Währung zu begleichen. Nur die Lohn- und Gehaltsbezieher zahlten daher valorisierte Steuern. Durch diese Umstände wurde das Vertrauen in Deutschlands Fähigkeit, die Währung zu stabilisieren, erheblich geschwächt. Aber die Lage verschlimmerte sich noch. Es entstand ein erbitterter Kampf zwischen der politischen Linken, die eine Erfassung der Sachwerte forderte und der politischen Rechten, die darauf bestand, daß eine Stabilisierung so lange nicht möglich sei, als nicht die Reparationen reduziert und Auslandsanleihen bereitgestellt würden. Zugleich verlangte sie, daß durch die Abschaffung des Achtstundentags – die große Errungen-

schaft der Arbeiterschaft in der Novemberrevolution – die Produktion erhöht und die Produktionskosten gesenkt würden. Der Vertrauensverlust in die deutsche Währung im Herbst 1921, der in der Weigerung ausländischer Spekulanten, weiterhin mit einer tatsächlichen Verbesserung der Mark zu rechnen, deutlich zum Ausdruck kam, hatte daher seine guten Gründe.

Zu Beginn des Jahres 1922 zeichnete sich eine zunehmende Kreditkrise ab, die die Reichsbank jetzt mit der Diskontierung einer großen Zahl von Handelswechseln und einer entsprechenden Ausweitung des Geldumlaufs zu bewältigen versuchte. Ebenso wie die Zurückziehung amerikanischer Kredite 1928/29 Weimars großer Depression vorausging, bildete auch der Rückgang spekulativer Investitionen 1921/22 den entscheidenden Impuls für die Hyperinflation. Dies zeigt eindrucksvoll, daß die Weimarer Republik am Rande einer Wirtschaftskatastrophe stand, sofern sie sich nicht bereits darin befand. Doch hatten nicht nur die Ausländer das Vertrauen in die Mark verloren. Vom Herbst des Jahres 1921 an begannen auch die Deutschen in zunehmendem Maße in ausländischen Währungen zu fakturieren und auf dem Binnenmarkt Zahlungen in Devisen zu verlangen. Nach der Ermordung Walther Rathenaus Ende Juni 1922 und der sich anschließenden Reparationskrise mündete die galoppierende Inflation in eine Hyperinflation. Mit dem dahinschwindenden Vertrauen in die Währung setzte eine ungezügelte „Flucht in die Sachwerte“ ein. Für diejenigen, die ihren Unterhalt aus fixen Einkommen, z. B. aus den Erträgen von fest angelegten Vermögenswerten, bestreiten mußten, war diese Situation natürlich katastrophal, hingegen war sie wie geschaffen für Hamsterer und Wucherer. In der Tat regte die außer Kontrolle geratene Inflation zunächst eine fieberhafte, fast das ganze Jahr hindurch anhaltende wirtschaftliche Aktivität an. Einerseits wurde aufgrund der Flucht aus der Mark einfach mehr um seiner selbst willen produziert, während andererseits die Exporteure in der Lage waren, den niedrigen Wert der Mark entsprechend auszunutzen und deshalb satte Gewinne zu machen vermeinten. Die organisierten Gruppen der Industrie, des Handels und der Arbeiterschaft waren am ehesten in der Lage, mit der hyperinflationären Situation fertig zu werden, wobei aber die Kalkulationen von Industrie und Handel, sowohl Preiserhöhungen als auch Geldentwertung zu antizipieren, dazu führten, daß die Preise den Löhnen und Gehältern fast immer um einiges voraus waren. Obwohl die eigentliche Ursache der Inflation

nicht auf den steigenden Preisen beruhte, wurden diese zu deren greifbarstem Symptom, denn mit immer absurder werdenden Preisen mußte sich jeder normale Deutsche tagtäglich herumschlagen, ja sie wurden zur Hauptquelle seiner täglichen Ängste und Enttäuschungen, abgesehen davon, daß sie ihn verständlicherweise in Rage brachten. Betrachtete man die Dinge aus einer längerfristigen Perspektive, ergab sich nun eine noch viel größere Sorge. Weil inzwischen die deutschen Preise ihren Abwertungsvorsprung verloren und schließlich das Niveau der Weltmarktpreise erreicht hatten, mußte sich an diesem Punkt Inflation gar mit Arbeitslosigkeit koppeln.

Wenngleich in erster Linie die Reichsregierung dafür verantwortlich war, die Gesellschaft vor weiteren Gefahren zu bewahren, kamen die Probleme der Preiserhöhungen und der sich abzeichnenden Arbeitslosigkeit in geballter Form zuerst auf die Verwaltungsbeamten der Länderregierungen, der Städte und der Gemeinden zu. Allein die Tatsache, daß Länder und Gemeinden – aufgrund der Erzbergerschen Steuerreform – kein Recht auf direkte Steuererhebungen hatten, intensivierte ihre Sorgen und Ängste. Denn künftig mußten sie nicht nur die Konsequenzen der Berliner Politik mittragen, sondern sie waren auch, um die erforderlichen Mittel zur Bewältigung ihrer finanziellen Probleme zu erhalten, ganz und gar auf die Reichsregierung angewiesen¹¹⁾. Es überrascht daher kaum, daß beide, Länder wie Gemeinden, im Jahre 1922 weder Rat noch Ausweg wußten.

Verzweifelte Menschen suchen Trost und Beistand entweder bei Freunden und Geistlichen oder bei Psychiatern. Die in Bedrängnis geratenen Regierungen der Länder hingegen wenden sich mit einem Memorandum an den Staat. Solche Denkschriften scheinen zunächst ebenso unglaublich wie die Argumente von Menschen, die ewig nörgeln, ihr Schicksal übertrieben beklagen und alles besser wissen wollen. Andererseits ist gerade ein Dokument wie ein Memorandum von Vorteil, wenn es zum Ausgangspunkt der hier erörterten Problemkreise gemacht wird.

Ende März 1922 übersandte die sächsische Regierung ihre Denkschrift „Über die zunehmende Teuerung“ nach Berlin. An diese Adresse ging vier Monate später die ähnlich benannte Eingabe

¹¹⁾ Vgl. den aufschlußreichen Aufsatz von *Jürgen Reulecke*, Zur städtischen Finanzlage in den Anfangsjahren der Weimarer Republik, in: *Archiv für Kommunalwissenschaften* 21 (1982), S. 199–219.

des bayerischen Ministerpräsidenten, Graf Lerchenfeld. Zwei Regierungen, die sich in dieser Zeit mehr voneinander unterschieden als die Sachsens und Bayerns, sind schwer vorstellbar¹²⁾. In Sachsen führte Wilhelm Buck eine Koalition von Unabhängigen Sozialisten und Sozialisten, die nur so lange fortbestehen konnte, als sie von den Kommunisten im Landtag toleriert wurde. Lerchenfeld dagegen regierte mit seiner eigenen, der Bayerischen Volkspartei und dem Bayerischen Bauernbund. Durch Eduard Hamm, den Handelsminister von der Demokratischen Partei, hatte diese rechtskonservative Regierung bis zum August 1922 einen gemäßigten Charakter. Aber mit dem Ausscheiden Hamms und der Ernennung Franz Gürtners zum Justizminister vollzog die Regierung einen scharfen Rechtsruck, zumal Gürtner der Mittelpartei – eine bayerische Version der Deutschnationalen Volkspartei – angehörte. Trotz der verschiedenartigen parteipolitischen Konstellationen hatten beide Regierungen ein schwieriges Problem gemeinsam: Sie wurden ständig von den extremen Flügeln bedrängt, auf deren Unterstützung sie angewiesen waren. Im November 1922 mußten beide Regierungen zurücktreten bzw. sich umbilden und weit schwächeren Nachfolgern Platz machen. Die neue Buck-Regierung Sachsens fand sich dem Einfluß der Kommunisten mehr denn je preisgegeben, und die Regierung unter von Knillings Führung in Bayern war gegen den Druck des rechten Flügels weitaus weniger gefeit als ihr Vorgänger.

Zweifellos also hatten die Verfasser jene politischen Gefahren vor Augen, die auch von ihren Regierungen als bedrohlich empfunden wurden; die Denkschriften lassen zudem darauf schließen, daß sich die politischen Konsequenzen der Inflation zu allererst auf der Ebene der Länder und Gemeinden abzeichnen würden. Bei einer eskalierenden Inflation hätten nämlich beide Regierungen guten Grund gehabt, sowohl soziale und politische Unruhen als auch Gewaltausbrüche befürchten zu müssen.

¹²⁾ Zu den politischen Vorgängen in Bayern und Sachsen vgl. die inhaltsreichen kurzen Darstellungen bei *Ernst Rudolf Huber*, *Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789*, Bd. 6 (Stuttgart 1981), S. 779 ff., 802 ff., und *Ernst Deuerlein*, *Bayern*, *Friedrich Facius*, *Thüringen*, und *Hellmut Kretzschmar*, *Königreich und Land Sachsen*, in: *Georg Wilhelm Sante* und *A. G. Ploetz Verlag* (Hrsg.), *Geschichte der deutschen Länder*. „Territorien-Ploetz“, Bd. 2 (Würzburg 1971), S. 390 ff., 533 ff., 551 ff. Ein detaillierter Abriß über Bayern ist der Beitrag von *Albert Schwarz* in: *Max Spindler*, *Handbuch der Bayerischen Geschichte*. Das Neue Bayern 1800–1970, Bd. IV/1 (München 1974), S. 387 ff.

Sachsen, auf der einen Seite, hatte sich zu einem proletarischen Machtzentrum entwickelt. Dieses war zwar im Frühjahr 1919 und 1921 von den radikalen und kommunistischen Aufständen in den angrenzenden Gebieten Mitteldeutschlands relativ unberührt geblieben; gleichwohl wurde die notleidende Arbeiterklasse Sachsens und Thüringens zur idealen Zielscheibe der von zunehmender Mittelmäßigkeit geprägten kommunistischen Führung, die gerade diese Länder zum Ausgangspunkt für die Verwirklichung ihrer eigenen oder der von der Komintern gehegten Phantasien machte. Der britische Generalkonsul und aufmerksame Beobachter in Leipzig beurteilte die Situation folgendermaßen: „In Mitteldeutschland haben die Kommunisten eine größtenteils industrialisierte und in Städten zusammengeballte Bevölkerungsmasse vorgefunden, die weder körperlich noch geistig robust und in politischer Hinsicht ignorant war, sich außerdem empfänglich zeigte für ‚das von den Plakatwänden verkündete Evangelium‘ und Demonstrationen als Ausdruck einer echten Demokratie betrachtete. Unter diesen Umständen erstaunt es nicht, daß der Vorstand der kommunistischen Partei in Berlin seine Aktivitäten auf Mitteldeutschland konzentrierte und sich Sachsen und Thüringen zu willigen oder unwilligen Werkzeugen kommunistischer Experimente machte.“¹³⁾

Das kommunistische Experiment in München hatte andererseits bereits im April 1919 sein blutiges Ende gefunden. Wegen eines linksgerichteten Aufstandes mußten sich deshalb weder Lerchenfeld noch sein Nachfolger ernsthaft Sorgen machen. Aber es drohten Lerchenfeld beachtliche Gefahren insofern, als die linksgerichtete Agitation weiterhin diejenigen Rechtsradikalen aufwiegeln würde, die mittlerweile in Bayern beheimatet waren. Diese Ansicht vertrat auch von Knilling, der daran erinnerte, daß die Gefahr der „Ausbrüche des Volksunwillens“ nicht von der Linken komme, „denn die Linke sei sehr kleinmütig geworden und habe große Angst vor den National-Sozialisten. Von dieser Seite seien Unruhen also eher zu befürchten ...“¹⁴⁾

¹³⁾ Memorandum by His Majesty's Consul, Leipzig, on Political Events in Saxony since the Armistice, 29. Oktober 1923, PRO, FO/371/8699/190.

¹⁴⁾ Bericht des württembergischen Gesandten Carl Moser von Filseck, 14. November 1922, in: *Wolfgang Benz* (Hrsg.), *Politik in Bayern 1919–1933. Berichte des württembergischen Gesandten Carl Moser von Filseck* (Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Nr. 22/23, Stuttgart 1971), S. 113.

In dem politischen Kontrast zwischen Bayern und Sachsen spiegeln sich auch krasse soziale und wirtschaftliche Unterschiede¹⁵⁾. Ein fundamentaler Erklärungsfaktor für die unterschiedliche Situation der fünf Millionen Sachsen und der sieben Millionen Bayern muß darin gesehen werden, daß Sachsen das am dichtesten bevölkerte, das am besten urbanisierte und das am weitesten industrialisierte Land im Reich war. Während sich die Bevölkerungsdichte im Reich 1925 pro Quadratkilometer auf 134,2 Einwohner belief, betrug sie in Sachsen 333, in Bayern dagegen nur 97,2 Einwohner pro Quadratkilometer. Demnach überstieg die Bevölkerungsdichte Sachsens selbst die der preußischen Rheinprovinz mit ihren 129,9 Einwohnern pro Quadratkilometer. In Sachsen lebten 34,9 Prozent der Bevölkerung in Städten mit über 100 000 Einwohnern, während es in Bayern 18,2 Prozent und in Preußen 29,2 Prozent waren. Sachsen galt als Deutschlands älteste Industrieregion, in der mehr als die Hälfte der Bevölkerung im Industriesektor arbeitete, während in Bayern 43,8 Prozent in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigt waren, 1925 32,7 Prozent in Industrie und Handwerk und 22,5 Prozent in anderen Berufen ihren Unterhalt verdienten.

Freilich vermitteln solche Statistiken ein eher statisches Bild, und es wäre ausgesprochen irreführend, eine scharfe Trennlinie zwischen einem modernen, industriellen Sachsen und einem vorindustriellen Bayern zu ziehen. Trotz seiner nennenswerten Großindustrie war Sachsen im Grunde eine alte Industrieregion, in der sich 58,7 Prozent der deutschen Textilindustrie, über 75 000 Heimarbeiter und eine Vielzahl von kleinen und mittleren weiterverarbeitenden Industriebetrieben sowie Fertigindustrien angesiedelt hatten, die sich aber – wie die Textilindustrie insgesamt – größtenteils auf den Export stützten. Andererseits hatte Bayern auch schon wichtige Wegstrecken der Industrialisierung zurückgelegt und konnte sich bedeutender Industriezentren wie Nürnberg und Augsburg mit deren großen weiterverarbeitenden Betrieben rühmen. Dennoch wurden beide Länder, nach Preußen die größten im Reich, von berner-

¹⁵⁾ Zu der Wirtschaftsentwicklung in Sachsen, siehe *Hohlfeld*, A. a. o. O., S. 13–15; zu der Bayerns siehe die Beiträge von *Pankraz Fried* und *Wolfgang Zorn* in: *Spindler*, A. a. o. O., Bd. IV/II. Vgl. auch *Dietmar Petzina* et. al., *Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch III. Materialien zur Statistik des Deutschen Reiches 1914–1945* (München 1978), S. 36–41; *Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich* (Berlin 1929), S. 23.

kenswert unterschiedlichen Sozialstrukturen geprägt: In Sachsen war das Proletariat vorherrschend, in Bayern der agrarische und städtische Mittelstand.

Während die sächsische Regierung allen Grund hatte, über die Auswirkungen erhöhter Lebenshaltungskosten besorgt zu sein – zumal diese zwischen Mai 1921 und April 1922 um das Dreifache und in dem halben Jahr seit November 1921 um das Doppelte gestiegen waren –, fürchtete sie am meisten das gleichzeitige Eintreten von Inflation und Arbeitslosigkeit. Daß die Lebenshaltungskosten bereits astronomische Ausmaße angenommen hatten, ohne dabei in den „so dicht bevölkerten Industriebezirken“ wie denen Sachsens auch Unruhen auszulösen, war – wie in der genannten Denkschrift beobachtet wurde – größtenteils dem „Umstande zu danken, daß seit Jahr und Tag eine Hochkonjunktur besteht, in der nur eine ganz geringe Anzahl völlig Erwerbsloser vorhanden ist“. „Es bestünde jedoch sofort Veranlassung zu schlimmeren Befürchtungen“, so warnte die Regierung, „wenn plötzlich die Hochkonjunktur nachließe und die Zahl der Erwerbslosen wachsen würde. Selbst bei erhöhten Unterstützungssätzen wäre für die Masse der Arbeiter Erwerbslosigkeit und eine so sündhafte Teuerung wie die gegenwärtige zu gleicher Zeit eine Unerträglichkeit ...“¹⁶⁾

Die Verfasser der Denkschrift wußten, wovon sie sprachen. Die schwerwiegenden Folgen eines Konjunkturrückganges in Sachsen waren während der relativen Stabilisierungsphase 1920/21 insoweit deutlich zutage getreten, als – nach den statistischen Erhebungen – im Februar 1921 47,9 Einwohner von Tausend Erwerbslosenunterstützung erhielten. Obgleich ähnliche Zahlen sich auch für Hamburg errechnen lassen, sind sie im Vergleich zu Preußen mit 13,2 oder Bayern mit 10 von Tausend doch bemerkenswert hoch¹⁷⁾. Die furchtbaren Probleme der Arbeitslosigkeit in Sachsen, die durch die Statistiken eher untertrieben werden, führten zu anhaltenden sozialen Spannungen, wobei sich die Behörden in Städten wie Dresden, Chemnitz und Plauen mit Arbeitslosen-Demonstrationen und radikalen Agitationen konfrontiert sahen. Die sächsische Regierung führte deshalb – oft auch gegen die bayerische Opposition – einen

¹⁶⁾ Denkschrift der Sächsischen Staatsregierung über die zunehmende Teuerung, Ende Mai 1922, in: Zentrales Staatsarchiv Potsdam (ZStA Potsdam), Reichswirtschaftsministerium (RWM), Nr. 12225, Bl. 206–214.

¹⁷⁾ Zu den Arbeitslosenstatistiken im Jahre 1921 vgl. Zentrales Staatsarchiv Merseburg (ZStA II), Rep. 120, BB VII, Fach 1, Nr. 3y, Bd. 3, Bl. 213.

ständigen und frustrierenden Kampf mit dem Ziel, die Verteilungsschlüssel für Erwerbslosenunterstützung durch das Reich abzuändern und den Ländern mit einer hohen Arbeitslosenquote den Vorzug zu geben¹⁸⁾. Die Probleme kulminierten gleichwohl erst, als hohe Arbeitslosigkeit und Preiserhöhungen zeitlich zusammenfielen – wie dies während des Abbaus der Zwangswirtschaft im Sommer 1920 geschah. In dieser Zeit waren die Behörden nicht nur mit Demonstrationen, sondern auch mit Gewalttätigkeiten gegen Arbeitgeber, mit Plünderungen von Geschäften und generell mit Unruhen konfrontiert, die sogar – wie in Zittau im Juli 1920 – die Verhängung des Belagerungszustandes und den Einsatz der Reichswehr erforderlich machten¹⁹⁾. Daß sich ähnliche Zustände nicht auch im Frühjahr 1922, aufgrund der wilden Preiserhöhungsspirale, entwickelt hatten, war darauf zurückzuführen, daß die Anzahl der auf die Erwerbslosenunterstützung angewiesenen Arbeitslosen auf 2,8 von Tausend zurückgegangen war und mit der fortschreitenden Hyperinflation im Mai des Jahres noch weiter sank²⁰⁾. Trotzdem gab es reichlich Grund zur Besorgnis. Die Preissteigerungen lösten nicht nur zwangsläufig sowohl Lohnbewegungen als auch Arbeiterunruhen aus; es konnte eine Schwächung der Konjunktur vor allem zu wahrhaft katastrophalen Folgen führen.

Die im sächsischen Memorandum angeführten Argumentationslinien hinsichtlich der Ursachenanalyse der Preissteigerungen sowie der Verbesserungsvorschläge verliefen ganz nach traditionellem Muster. Auch wenn die Autoren erkannten, daß die Preiserhöhungen bis zu einem gewissen Grad in der zunehmenden Geldschöpfung gründeten, behaupteten sie dennoch, daß deren Hauptursache in der nicht vertretbaren Gewinnsucht der Produzenten und der Groß- und Zwischenhändler lag und die derzeitige Situation von Angebot und Nachfrage solche Preiserhöhungen überhaupt nicht rechtfertigte. Die Anwendung der Wuchergesetze gegen Einzelhändler, wie dies während des Krieges und unmittelbar danach üblich geworden war, wurde – obwohl diese Gesetze weiterhin in Kraft geblieben waren – für nicht rigoros genug erachtet. Die konkreten Maßnahmen der Regierung sollten sich künftig vornehmlich gegen gewerbliche und landwirtschaftliche Produzenten richten.

¹⁸⁾ Zu den Bemühungen der sächsischen Regierung, siehe die Akten im LHStA Dresden, Min. A. A., Nr. 6135–6138.

¹⁹⁾ Siehe die Berichte im LHStA Dresden, MdI, Nr. 11077, Bl. 66–99.

²⁰⁾ ZStA II, Rep. 120, BB VII, Fach I, Nr. 3y, Bd. 4, Bl. 269, 433, 534, 633.

Demnach appellierte die sächsische Regierung an das Reich, Exportgewinne äußerst hoch zu besteuern sowie die Löhne, Preise und Profite aller lebenswichtigen Betriebe unter Kontrolle zu halten. Zur Beaufsichtigung der Landwirtschaft und des Einzelhandels befürwortete sie die Errichtung von Kontrollausschüssen, die sich aus Produzenten, Händlern und Konsumenten zusammensetzten, um die Preise zu überwachen und die Zulassung zum Handel sowohl von Lebensmitteln wie von Bekleidung konsequent zu regeln. Gleichzeitig drängte sie darauf, die Getreideumlage zu erhöhen, die Kartoffelumlage wieder einzuführen und ebenso die gesamte öffentliche Bewirtschaftung von Zucker, wo die Preiserhöhungen besonders eklatant waren, aufs neue herzustellen.

Grundsätzlich bedeutete dieses Programm die Wiedereinführung der Zwangswirtschaft, eines von den Bauern und Landwirten, Händlern und Einzelhändlern zutiefst verhaßten Systems also, das im Interesse und zur Bedarfsbefriedigung städtischer Konsumenten während des Krieges entstanden und in der nachfolgenden Revolutionszeit aufrechterhalten worden war, aber unglücklicherweise der Weimarer Regierung zum Vorwurf gemacht wurde²¹⁾. Da der agrarische und handeltreibende Mittelstand von den sächsischen Sozialisten ohnehin nichts anderes als eine derartige Politik erwartet hatte, fielen auch seine Reaktionen entsprechend aus. Bei einer Großversammlung erklärten 30 000 Kleinhändler unter anderem, mit der Kundgebung des sozialistischen Programms sei die „Absicht der Scharfmacherei der Verbrauchermassen und weiterhin der nicht im Allgemeininteresse liegende Zweck verfolgt, die zunehmende Teuerung parteipolitisch agitatorisch auszunutzen ...“²²⁾ Immerhin hatte die sächsische Regierung damit weitaus mehr Aufmerksamkeit auf sich gelenkt als durch die nach Berlin übersandte Denkschrift. Denn im Februar 1923 wartete man immer noch auf eine Antwort, um dann von den Reichsbehörden informiert zu werden, daß das Reichswirtschaftsministerium (RWM) einfach zu überlastet sei, um

²¹⁾ *Holtfrerich*, Inflation, S.84ff.; *Robert Moeller*, Winners as Losers in the German Inflation: Peasant Protest over the Controlled Economy, 1920–1923, in: *Gerald D. Feldman et al.*, Die Deutsche Inflation. Eine Zwischenbilanz (Berlin und New York 1982), S.255–288; *Gerald D. Feldman*, Contadini e piccoli commercianti di fronte all'inflazione: il confitto sulla „Zwangswirtschaft“ nel dopoguerra tedesco, in: *Jahrbuch des italienisch-deutschen historischen Instituts in Trient* (Trient 1983), S.345–375.

²²⁾ Undatierter Bericht, ZStA I, RWM, Nr. 12 225, Bl. 256.

auf ein Memorandum einzugehen, das inzwischen ohnehin „durch die Ereignisse vollkommen überholt“ worden sei²³⁾.

Die abweisende Haltung des RWM war kein Zufall. Man konnte unmöglich eine inflatorische Rekonstruktion der Wirtschaft in Gang setzen und zugleich auch deren negative sozio-ökonomischen Begleiterscheinungen verhindern. Daher mußten einerseits die Prioritäten auf die Aufrechterhaltung wirtschaftlicher Aktivitäten und die erhöhte Gütererzeugung gesetzt und andererseits die ungerechten Nebenwirkungen dieser Vorgehensweise im Interesse der gesamten Wirtschaft gebilligt werden. In Berlin handelte man – um dies zu betonen – durchaus bewußt: In manchen Fällen wurden die Entscheidungen der Reichsregierung vermutlich vom Wirtschaftsliberalismus gewisser Referenten beeinflußt, in anderen entschied man sich für bestimmte Alternativlösungen, weil sie das kleinere Übel bedeuteten. Für den begrenzten Abbau der Zwangswirtschaft war zunächst der Primat der Produktion entscheidend, was zu unvermeidbaren Preiserhöhungen und den Umschichtungsprozessen im sozialen Bereich führte. Ein Beamter im RWM schätzte die Situation folgendermaßen ein: „Die Bedeutung der Inflation besteht im wesentlichen darin, daß durch diese unausgesetzt das Verhältnis zwischen fest begrenzten Einkünften und beweglichen Einkünften zugunsten derjenigen, die über Sachbesitz verfügen, geändert wird. Diese Umschichtung ist zweifellos hart, jedoch für das Preisproblem nicht das Entscheidende ... Aber die Verbesserung dieses Verhältnisses zwischen Gütervorrat und Güterbedarf ist das Kernstück; denn es ist von geringem Unterschiede, ob ich 10000 M verdiene und 10000 M zu meinem Lebensunterhalt benötige, oder ob ich nur 5000 M ausgeben muß, aber auch nur 5000 M erhalte. Wohl aber macht es einen Unterschied, wenn ich für meine Tagesarbeit doppelt soviel Güter als bisher beziehen kann.“²⁴⁾ Die Logik, mit der 1920 die Preiserhöhungen auf einem freieren Markt zum Zweck der erhöhten Produktion gerechtfertigt wurden, war somit die gleiche, die auch für die Preispolitik im Zuge der Währungsent-

²³⁾ Sächsisches Wirtschaftsministerium an das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 9. Februar 1923, LHStA Dresden, Wirtschaftsministerium, Nr. 1310, Bl. 137; Antwort des RWM vom 14. Februar 1923, ZStA I, Nr. 12225, Bl. 250.

²⁴⁾ Niederschrift über die 11. Tagung der Landes-, Provinz- und Bezirkspreisprüfungsstellen in Coburg am 19., 20. und 21. Oktober 1920, Staatsarchiv Hamburg, Dep. f. Handel, Schiffahrt u. Gew. III, Pr IV 49/7, S. 32.

wertung im Jahre 1922 geltend gemacht wurde. Die Gerichte schienen dies nicht verstehen zu wollen. Die Justiz verhielt sich weiterhin so, als ob die Behauptung der Regierung „Mark gleich Mark“ der Wirklichkeit entsprach, und interpretierte die Bestrebungen, die Situation zu berücksichtigen und die Wiederbeschaffungspreise der Geldentwertung anzupassen, als Wucher.

In diesem Konflikt über das Recht, aufgrund rationaler Erwartungen – wie wir diese heute nennen würden – zu handeln, schlug sich das RWM auf die Seite der Produzenten oder Sachwert- bzw. Warenbesitzer. Bei einer Sitzung in Dresden im Mai 1922, abgehalten von verschiedenen Beamten der Preisprüfungsstellen – zur Zeit der sächsischen Denkschrift also –, übte Direktor Hüttenheim vom RWM scharfe Kritik am Reichsgericht, weil dessen Prioritäten eher den sozialen als den wirtschaftlichen Fragen galten: „... Es ist verfehlt, auch heute noch die Mark mit Mark gleichzusetzen, wie es das Reichsgericht tut, wenn es die Einkaufspreise nebst Zuschlägen den Verkaufspreisen gleichsetzt und lediglich die Geldentwertung in etwa berücksichtigen will ... Wenn unser allgemeiner Wertmesser, Mark genannt, infolge eingetretener Veränderungen falsch geworden ist, muß er berichtigt werden, ihm muß dasselbe Gewicht gegeben werden, welches er besaß, als die Ware erworben wurde. Das kann man aber nur tun, wenn bei fallender Mark und steigender Geldentwertung ein dem Ausmaß dieser Erscheinung entsprechender Zuschlag gewährt wird. Geschieht dieses, so hat der Verkäufer zum mindesten die Sicherheit, daß er den vollen Geldwert seiner Ware wiedererhält. Der Anreiz zur volkswirtschaftlichen Betätigung des Kapitals ist alsdann wieder hergestellt, Vermögensverschiebung innerhalb unserer Volksgemeinschaft, die das Reichsgericht verhindern will, weil es seinem sozialen Empfinden widerstrebt, daß der Papiermarkbesitzer von der vollen Geldentwertung getroffen wird, wirtschaftlich also ungünstiger dasteht als der Warenbesitzer, kann und darf nicht durch die Preistreiberverordnung bekämpft werden, die dazu nicht da ist, sondern auf anderem, vornehmlich steuerlichen Wege ...“²⁵⁾ Dies wäre freilich gut und schön gewesen, wenn die Besitzenden in der Tat entsprechend besteuert worden wären; Produzenten und Sachwertbesitzer bestanden jedoch darauf, in

²⁵⁾ Niederschrift über die 13. Tagung der Landes-, Provinz- und Bezirkspreisprüfungsstellen in Dresden am 23. und 24. Mai 1922, ebd., Pr IV 49/9, S.33.

ihren Kostenaufstellungen die Geldentwertung einzuberechnen, gleichzeitig aber Steuern auf der Basis von Steuerveranlagungen zu zahlen, die solche Kalkulationen nicht mitberücksichtigten.

Als der sächsische Wirtschaftsminister darauf aufmerksam machte, daß zwar die Preise, nicht aber auch die Löhne auf das Weltmarktniveau getrieben worden seien, warnte der Präsident des Bayerischen Statistischen Landesamtes, daß gleitende Löhne die Situation nur verschlimmern würden; demgegenüber sei es höchste Zeit, die Leute aufzuklären, denn „das Alpha und Omega unserer ganzen Misere ist Versailles mit allen seinen Auswirkungen in London, Spa, Oberschlesien, in den verschiedenen Diktaten, Sanktionen, Drohungen, in den unerhörten auf Unerfüllbarkeit eingestellten Reparationsforderungen, in der Flut von Ententenoten, die die Nerven unseres wiederaufbauwilligen Volks nicht ins erforderliche Gleichgewicht kommen lassen ...“²⁶⁾ Mit der Hervorhebung des unheilvollen Versailles bestärkten die offiziellen Vertreter Bayerns nicht nur die fatalistische Einstellung des RWM, sondern schienen auch die Ansicht des Ministeriums zu bestätigen, daß die von Sachsen ausgehenden Vorschläge und Maßnahmen unwirksam und letztlich schädlich seien. So z. B. betonte der Münchener Landgerichtsrat Bretzfeld, daß sie alle den Mut aufbringen müßten, „den Irrwahn der Massen zu zerstören, als ob wir durch Polizeimaßnahmen die Volkswirtschaft beeinflussen könnten. Durch Erlasse gegen den Wucher ... schädigen wir nur die Staatsautorität ...“²⁷⁾ Für das RWM kamen diese unerwarteten und zugleich wohlgefälligen Argumente aus einer ungewohnten Ecke. Zuvor waren auch die Bayern begeisterte Anhänger der Wuchergesetze und deren rigoröser Anwendung gewesen; ihre Stellungnahme in Dresden erschien als ein willkommenes Gegengewicht gegen die Ansichten der Sachsen.

In der Tat manifestierte sich in Lerchenfelds Memorandum eine massive Hinwendung zu Bayerns früherer anti-liberaler Position. Aber nicht allein deswegen mußten die Referenten im RWM recht erstaunt gewesen sein, als der sozialistische Reichswirtschaftsminister Robert Schmidt eine detaillierte Antwort auf das bayerische Dokument vom 29. September anordnete²⁸⁾. Schmidts persönli-

²⁶⁾ Ebd., S. 49.

²⁷⁾ Ebd., S. 46.

²⁸⁾ Am 3. Oktober leitete die Reichskanzlei das bayerische Memorandum an das RWM weiter mit dem Antrag auf eine schriftliche Rückantwort. Daraufhin erbat sich Schmidt von den jeweiligen RWM-Abteilungen Berichterstat-

ches Interesse an dem Memorandum fand nämlich an anderen Stellen keine große Resonanz. Der Reichsrat z. B. weigerte sich wegen des „rein feuilletonistischen Inhalts“ des Memorandums, darüber zu debattieren²⁹⁾; der preußische Bevollmächtigte war der Ansicht, es enthielte „sehr viel Binsenwahrheiten und [sei] in zahlreichen Punkten überaus anfechtbar“³⁰⁾. Der britische Generalkonsul William Seeds meinte zu dem Memorandum, daß darin vor allem „Graf Lerchenfelds persönliche Vorliebe, sich als Staatsmann von internationalem Rang und nicht als bloßer bayerischer Politiker auszugeben“, zum Ausdruck komme und daß es grundsätzlich darauf abziele, „die bayerische Regierung in den Augen ihrer eigenen Wähler von der Verantwortung für die derzeitige Situation freizusprechen“³¹⁾. Lediglich dem sächsischen Bevollmächtigten in Berlin, Dr. Gradenauer, schien viel daran zu liegen, die Sache weiterzuverfolgen, und er hoffte, den Diskussionen über Lerchenfelds Vorschläge beiwohnen zu können³²⁾.

Gradenauers wie auch Schmidts Interesse wirkt nicht so sonderbar, wenn man bedenkt, wie ähnlich sich die beiden Denkschriften im Hinblick auf einige Analysen und Empfehlungen waren. Freilich gab es wichtige Unterschiede. Lerchenfeld betonte viel nachdrücklicher die Verelendung jener „mittelständischen Masse ..., die von jeher als die zuverlässigste Stütze des Staates gegolten hat“³³⁾. Er richtete sein Augenmerk stärker auf die großen Fragen der Außen- und Innenpolitik, indem er einerseits die Erfüllungspolitik scharf kritisierte und andererseits an die Reichsregierung appellierte, die weitergehende Markentwertung zu verhindern; dazu seien Maßnahmen zur Aufrechterhaltung von Gesetz und Ordnung ebenso nötig wie die Steigerung der Produktivität, die Reduzierung der Regierungsausgaben, Verbote der Einfuhr und Herstellung von

tung über jene Ausführungen der Denkschrift, die sich auf ihre Arbeitsbereiche bezogen. Der gesamte Schriftwechsel einschließlich Denkschrift befindet sich im ZStA I, RWM, Nr. 253/1, Bl. 54 ff. und BayHStA München, MA Nr. 100695.

²⁹⁾ Bericht vom 28. Oktober 1922, ZStA II, Rep. 120 C VIII, 1, Nr. 163, Bd. 2, Bl. 364.

³⁰⁾ Ebd., Bl. 366.

³¹⁾ Bericht des Generalkonsuls Seeds vom 19. Oktober 1922, PRO, FO/371/7518/154-155.

³²⁾ Gradenauer an Wirth, 18. Oktober 1922, ZStA I, RWM, Nr. 253/1, Bl. 209.

³³⁾ Lerchenfeld Denkschrift, ebd., Bl. 55.

Luxusartikeln und schließlich unverzügliche und konsequente Steuereinziehungen. Trotzdem erwartete Lerchenfeld kaum, daß die grundlegenden Ursachen der Inflation – seiner Ansicht nach waren diese auf die niedrige Produktion und die Reparationen zurückzuführen – unverzüglich angegangen werden konnten, und nach wie vor konzentrierte sich seine größte Sorge auf die Durchführung solcher Maßnahmen, die den unmittelbaren Schwierigkeiten Abhilfe schaffen sollten.

In diesbezüglichen Fragen teilte er mehrfach die Meinung seiner sächsischen Kollegen, lehnte aber den Wirtschaftsliberalismus mit seiner ausgesprochenen Aggressivität – die dem sächsischen Memorandum fehlte – ab. Wie seine sächsischen Kollegen argumentierte auch Lerchenfeld, daß die Erhöhung der Inlandpreise weitaus das Maß übersteige, das durch die Währungsentwertung gerechtfertigt werden könne, und er forderte, daß im Binnenhandel – auch dort, wo importierte Rohstoffe benutzt wurden – die Fakturierung und Zahlung in ausländischer Währung verboten werde; außerdem plädierte er für eine Reihe „prophylaktischer Maßnahmen“ gegen Verbände, Kartelle und Syndikate, einschließlich deren Auflösung sowie die strafrechtliche Verfolgung ihrer Mitglieder im Falle der Forderung übermäßig hoher Preise. Zudem verlangte er eine wirksamere Koordinierung der Preisüberwachung und drang auf die Regierung ein, zu drastischen Strafmaßnahmen gegen den Wucher zu greifen, wie zu „Zuchthaus, Ausweisung, Arbeitshaus, Vermögenskonfiskation, Unfähigkeit zum Betrieb eines Geschäfts und Schließung des Betriebes“³⁴⁾. Schließlich bestand Lerchenfeld darauf, daß die offiziellen Zulassungen zum Handel – insbesondere für den Vertrieb von Nahrungsmitteln – stark beschränkt würden.

Lerchenfeld empfand es als ungerecht, daß nur den Bauern Opfer – in Form von Getreideumlagen – abverlangt wurden; auch Industrie und Handel sollten gezwungen werden, einen Teil ihrer Güter zu reduzierten Preisen zu verkaufen. Gleichzeitig müßte die Reichsregierung auch den Bedürftigen Hilfe gewähren, so z.B. durch billige Brotpreise, erhöhte Leistungen für Kleinrentner, niedrige Frachtkosten für Nahrungsmitteltransporte, billige Kohle und Brennstoffe, die Senkung der Kohlesteuer und schließlich – wo immer notwendig – Lohn- und (insbesondere für Beamte) Gehaltserhöhungen.

³⁴⁾ Ebd., Bl. 72.

Im Zusammenhang mit diesen Empfehlungen wiederholte Lerchenfeld seine Angriffe auf den Wirtschaftsliberalismus mit ebensolcher Vehemenz wie er den Primat des Staatsinteresses verteidigte: „Wo Staat und Wirtschaft in Widerstreit zueinander geraten, muß die Wirtschaft zurückziehen, wenn die Existenz des Staates in Frage steht.“³⁵⁾ Gegenüber den Gesetzen der Wirtschaft fehlte ihm jeglicher Respekt, denn diese – in Lerchenfelds Worten – „sind nur ein Ausdruck dafür, daß gewisse Bedingungen gewisse Folgen auslösen. Sie sagen aber nicht, daß diese Bedingungen selbst immer notwendige seien und jeder Beeinflussung durch staatlichen Willen unzugänglich wären“³⁶⁾. Mit solchen Häresien näherte sich der Verfasser der eigentlichen Pointe seiner Argumentation, die er aber erst am Ende seiner Denkschrift enthüllte: Seiner Ansicht nach bestünde die Möglichkeit – solange Deutschlands Wirtschaft noch nicht soweit gesundet war, um wieder wettbewerbsfähig zu sein –, eine „autarkische Wirtschaftspolitik“ zu betreiben. Hierzu sei aber, wie Lerchenfeld allerdings recht zögernd weiter folgerte, eine künstliche Stabilisierung aller Preise und Löhne auf ihr Vorkriegsniveau unerläßlich. Insoweit die notwendige Nahrungsmiteleineinfuhr negative Auswirkungen auf die Währung hätte, sollte allein der Staat die erforderlichen Kosten übernehmen. Bei der Begründung dieser fantastischen Konzeption ließ der Autor dramatische Töne anklingen: „Der Haupteinwand, daß dies einen Rückschritt in die verhaßte Zwangswirtschaft bedeute, darf dann nicht ausschlaggebend sein, wenn das Mittel im übrigen geeignet erscheint, die Katastrophe unserer Wirtschaft und unseres Staates zu verhüten. Eine Freiheit, sich ins Verderben zu stürzen, darf keine Regierung ihrem Volke lassen und der Zwang, vor dem Abgrund Halt zu machen, ist kein Zwang.“³⁷⁾

Für den Grafen wurde die Denkschrift – mit Sicherheit von Staatsrat Hans Schmelzle im bayerischen Außenministerium inspiriert und wahrscheinlich auch von diesem geschrieben –³⁸⁾ zu einer politischen Katastrophe ersten Grades. Ohne daß darüber vorher im Landtag oder in seiner eigenen Bayerischen Volkspartei beraten worden war, war sie nach Berlin übersandt und an die Presse ver-

³⁵⁾ Ebd., Bl. 60.

³⁶⁾ Ebd., Bl. 61.

³⁷⁾ Ebd., Bl. 80.

³⁸⁾ Bericht des sächsischen Gesandten in München, Rittmeister von Dziembowski, 28. Oktober 1922, LHStA Dresden, Min. A. A., Nr. 2984, Bl. 336–338.

teilt worden. Bereits wegen einer vorgeblich moderaten Haltung verdächtig, mit der er für bayerische Interessen in Berlin eintrat, wurde Lerchenfeld jetzt außerdem des Staatssozialismus bezichtigt. Nur die Sozialdemokraten wünschten sein weiteres Verbleiben im Amt, was aber unter bayerischen Umständen kaum für einen politischen Erfolg ausreichte. Offensichtlich überraschten die heftigen Reaktionen selbst Lerchenfeld, der die Anschuldigungen, Staatssozialist oder Planwirtschaftler zu sein, nachdrücklich dementierte. Auch belastete ihn Reichswirtschaftsminister Schmidts Engagement, das vermutlich dessen Wunsch reflektierte, von anderer Seite Unterstützung für ökonomische Maßnahmen gegen Kartelle und Wucher zu gewinnen. Lerchenfeld wünschte sich nichts sehnlicher, als die ganze Geschichte in den Akten verschwinden zu lassen. Er lehnte Schmidts Vorschlag zu weiteren Diskussionen mit der Begründung ab, daß solche wenig Sinn hätten und fügte hinzu: „Offen gesagt ist unser Volk der vielen Kommissionen und Diskussionen müde und erwartet Taten von der Regierung.“³⁹⁾ Es dabei bewenden zu lassen, war sicherlich besser für Lerchenfeld, zumal die Referenten des RWM Schmidts Anordnungen bereits pflichtbewußt befolgt und begonnen hatten, eine Replik auf das Memorandum vorzubereiten. Zu Lerchenfelds Glück blieb diese unveröffentlicht.

In der Tat wimmelte das Memorandum von logischen Widersprüchen. Man konnte auf der einen Seite nicht einfach Ausfuhr erhöhen und Arbeitslosigkeit aus dem Weg räumen, während man auf der anderen die Produzenten zwang, sich vorwiegend auf die Herstellung lebenswichtiger Notwendigkeiten zu beschränken. Ebenso wenig konnte man den Verwaltungsapparat vereinfachen und gleichzeitig eine verstärkte Überwachung von Kartellen und Syndikaten ins Auge fassen. Ferner war es unmöglich, die Defizite bei Bahn und Post gemeinsam mit den Tarifen zu reduzieren. Ähnlich unrealistisch war es auch, das Reichsdefizit zu mindern, während man Beamtengehälter erhöhte und Kohle und Lebensmittel für die Armen subventionierte. Erschwerend kam die Tatsache hinzu, daß die Empfehlungen der Denkschrift auf die spezifisch bayerische Politik angewendet werden sollten. Früher hatten sich die Bayern

³⁹⁾ Lerchenfeld an Schmidt, 20. Oktober 1922, ZStA I, RWM 253/I, Bl. 201–202. Zu Lerchenfelds peinlicher Situation und der scharfen Kritik in der bayerischen Presse siehe außerdem den Bericht von Moser von Filseck, 20. Oktober 1922, in: Hauptstaatsarchiv Stuttgart, Bestand E 75. Herrn Dr. Wolfgang Benz danke ich für die Zurverfügungstellung dieses Materials.

der Getreideumlage widersetzt, eine Verringerung der Ausfuhrabgaben gefordert, die Bemühungen des Reiches, die Armen direkt mit verbilligter Bekleidung und Schuhzeug zu versorgen, kritisiert und Höchstpreise abgelehnt; jetzt nahmen sie gegenüber all diesen Fragen eine entgegengesetzte Haltung ein. Früher war die bayerische Forstverwaltung äußerst zurückhaltend mit ihren Lieferungen des für Brennstoff oder die Papierherstellung benötigten Holzes und hatte hohe Preise gefordert, wohingegen sich die bayerische Regierung jetzt einer anderen Wirtschaftspolitik besann. Schließlich – während sie ehemals die Importe teurer Nahrungsmittel oder Luxusartikel für den Fremdenverkehr befürwortete, verwahrte sie sich jetzt dagegen. Im Ergebnis basierte der radikale mittelständische Anti-Kapitalismus der bayerischen Denkschrift auf einer Fülle verwirrender Forderungen und Ungereimtheiten, die sich deutlich von der – sicherlich sehr verzweifelten, indes klaren und einfach formulierten – sächsischen Forderung unterschieden, daß Preise, koste es was es wolle, unter Kontrolle zu halten seien⁴⁰).

Trotzdem sollten das wirre Durcheinander und die unlogischen Argumente Lerchenfelds nicht leichtfertig übergangen werden, denn im Grunde war seine Denkschrift Ausdruck jener hyperinflationären Zustände in einem Land, das sich vormals als *die* Ordnungszelle des Reiches ausgegeben hatte und mittlerweile in zunehmendem Maße unregierbar wurde. Aus der Sicht Berlins freilich schien Bayern schon seit geraumer Zeit unregierbar. Seit 1919 hatten rechtsextremistische Mörderbanden, ehemalige Freikorps-Führer, paramilitärische Gruppen sowie rechtsradikale Extremisten und Monarchisten verschiedenster Varianten in Bayern ihre Heimat gefunden. Wenn solche Gruppen überhaupt die politische Autorität einer Regierung respektierten, so lediglich in der Person eines Gustav von Kahr, des ehemaligen Regierungspräsidenten von Oberbayern, der als Ministerpräsident zwischen März 1920 und September 1921 unerbittlich sowohl gegen die Zentralisierungs- als auch die Erfüllungspolitik gekämpft und gleichzeitig in Bayern einen Zufluchtsort für konterrevolutionäre und rechtsradikale Elemente geschaffen hatte, von denen er in immer größere Abhängigkeit geraten war. Von Kahr wurde Ende 1921 entmacht, denn die BVP hatte ihn endlich als einen – in den Worten des britischen Generalkonsuls –

⁴⁰) Die ausführlichen Beurteilungen verschiedener Referenten des RWM fielen insgesamt völlig vernichtend aus. Siehe ZStA I, RWM, Nr.253/1, Bl. 119–198.

„politischen Dummkopf“⁴¹⁾ erkannt, und bloß um seiner geliebten Einwohnerwehr willen war man nicht bereit, weiterhin eine intransigente Politik gegenüber Berlin zu betreiben.

Von Kahr blieb dennoch sehr populär bei den Bayern, vermutlich weil dieser protestantische und zugleich nüchterne, strenge und engstirnige, anti-semitische, anti-industrielle und anti-sozialistische Verwaltungsmann an jener Zukunftsvision für Bayern festhielt, an die sich auch, obschon diese zunehmend utopischer wurde, seine Landsleute klammerten. Die Wirklichkeit sah deshalb anders aus, weil die bayerische Wirtschaftspolitik unwiderruflich eng mit der des Reiches verknüpft war, bayerische Industriekreise nicht das geringste mit dem Separatismus zu tun haben wollten, und weil sich selbst die bayerische Landwirtschaft in Norddeutschland günstigere Absatzmöglichkeiten versprach, seit sich die agrarischen Anbaugelände Deutschlands nach 1919 verringert hatten. Mit Sicherheit wünschten sich die meisten Bayern eine weitgehende Autonomie und empfanden sowohl aus wirtschaftlicher und politischer wie aus moralischer Sicht tiefen Groll gegenüber Berlins wachsender Herrschaft. Doch erkannte man in führenden Regierungskreisen, daß ein Abbruch der Beziehungen zwischen Bayern und dem Reich der Einheit Bayerns weitaus abträglicher sein würde als der Einheit des Reiches, zumal auch unter wichtigen bayerischen Gruppen – z. B. den Nordbayern, Pfälzern, bayerischen Protestanten, Sozialdemokraten und Industrie- und Handelskreisen – jegliches Interesse an einer erfolgreichen separatistischen Bewegung fehlte⁴²⁾.

Als leidenschaftlicher Anhänger des bayerischen Partikularismus und extremen deutschen Nationalismus verkörperte von Kahr die Hoffnungslosigkeit und zugleich die Widersprüchlichkeiten der bayerischen Position. Vereinnahmt von einem Spenglerschen Pessimismus, dem sich auch die politische Rechte Weimars genüßlich hingab, wurde von Kahr daran gehindert, mit wirklich konstruktiven Vorschlägen an die Reichsregierung heranzutreten. „Die ganze innere und äußere Lage, in der wir uns befänden“, soll er einmal zu-

⁴¹⁾ Generalkonsul Smallbones bezeichnete v. Kahr als einen „political nin-compoop“ in seinem Bericht vom 15. September 1920, PRO, FO/371/4798/173. Zu Kahr allgemein vgl. die Darstellung von Schwarz in: Spindler, Handbuch der Bayerischen Geschichte, IV/1, S.454 ff.

⁴²⁾ Interessante Quellen zu der Frage der begrenzten Möglichkeiten des bayerischen Separatismus finden sich bei Hofmann, Hitlerputsch, S.290–293, 597.

tiefst erschüttert gesagt haben, „sei derartig verzweifelt, daß er nicht sehe, wie wir auf normalem Wege uns allmählich wieder herausarbeiten sollen. Er glaube, daß diese Lage nur durch eine gewaltsame Lösung eine Änderung erfahren könne. Es müsse einmal Kämpfe im Innern und Krieg nach außen geben. Diejenigen, die dann noch am Leben seien, könnten dann das neue Deutschland aufbauen ...“⁴³⁾ Dermaßen trübe Aussichten verlockten aber um so eher dazu, sich allein der Pflege partikularer Interessen zuzuwenden, besonders wenn man im Banne der phantastischen Vorstellung lebte, daß Bayern beim Wiederaufbau letztlich die führende Rolle spielen würde. 1920/21 kämpfte von Kahr gegen die Alliierten und das Reich eine bereits verlorene Schlacht für seine Einwohnerwehr, die – aus seiner Sicht – der inneren Ruhe und Ordnung Bayerns und den Ordnungskräften des gesamten Reiches diene. Er war dementsprechend tief enttäuscht darüber, daß sein Angebot militärischer Hilfe gegen die kommunistischen Aufbrüche 1920 in Sachsen und 1921 in Mitteldeutschland abgelehnt wurde⁴⁴⁾. In von Kahrs Vorstellung von Bayern als künftiger unanfechtbarer Ordnungszelle wären die Herrschaft der Tugend errichtet, alle schädlichen – insbesondere aber die jüdischen – Einflüsse ausgeschaltet und ein Kreuzzug gegen die Exzesse und Laster der Zeit – besonders gegen den Wucher – geführt worden.

Noch während seiner Amtszeit entstand eine Vielzahl anstößiger Bestimmungen gegen Ausländer, wie die restriktive Handhabung von Pässen und Visas oder die Erhebung von Steuern und besonderen Zuschlägen. Nicht nur waren ausländische Touristen betroffen, die Bayerns landschaftliche Schönheit sowie seine ausgiebig vorhandenen Lebensmittel und die billigen Preise genießen wollten, sondern auch Norddeutsche fielen den diskriminierenden Praktiken Bayerns zum Opfer. Kurz bevor er seines Amtes als Ministerpräsident enthoben wurde, leitete von Kahr ein Schlemmereigesetz in die Wege, das den Exzessen der Wucherer sowie der von ihnen ausgelösten sozialen Unzufriedenheit ein Ende bereiten sollte. Wie der britische Konsul bemerkte, wurde dieses Gesetz der Öffentlichkeit mit „pompösen Platiniden“ präsentiert, „hinsichtlich der Notwendigkeit, die deutsche Politik und das deutsche häusliche Leben rein zu halten“⁴⁵⁾.

⁴³⁾ Bericht von Filseck, 31. Juli 1921, in: *Benz, Politik in Bayern*, S. 85.

⁴⁴⁾ Bericht von Filseck, 31. März 1921, ebd., S. 77.

⁴⁵⁾ Bericht Seeds, 23. November 1921, PRO, FO/371/5979/30.

Doch war schon allein das Reinhalten Bayerns keine leichte Aufgabe, was sich deutlich an den Schlemmereigesetzen zeigte, die Konsul Sneed „mit den Erlassen der alten Puritaner oder mit den verrückten Gesetzen, die in gewissen nordamerikanischen Staaten die Schlemmerei zu einem strafbaren Vergehen machten“, verglich. Wie Sneed weiter notierte, schützte das Gesetz allerdings jenen Brauch, der weitestgehender Ausdruck jeglicher Form von Schlemmerei war, nämlich das Bauernfest, indem „sie [die Gesetzgeber] die gewohnheitsmäßige Schlemmerei von der gelegentlichen Schwelgerei zu feierlichen Anlässen sorgfältig unterscheiden: Offensichtlich ist der unterernährte Mann weit weniger schockiert beim Anblick fünfzig gieriger Esser, die gemeinsam von einem Banquet auf die Straße strömen, als wenn er die verschlossenen Fensterläden einer Villa erblickt, in der sich ein Wucherer Abend für Abend dem Genuß von Champagner und Gänseleberpastete hingibt. Bei dieser Differenzierung wird wohl das Argument angeführt, daß Feste erwünscht sind, um die dunklen Stunden der Armut in Deutschland gelegentlich zu erhellen.“⁴⁶⁾ Auch von Kahr und seine rechtskonservativen Kollegen waren sich darüber im klaren, daß die verschiedenen Paraden und Märsche sowie die mehr oder weniger feierlichen Kundgebungen und patriotischen Festivitäten – ihnen allen so lieb und teuer und darüber hinaus als heilsame Ablenkung betrachtet – im Grunde Ausdruck volkstümlicher Lust nach einer richtigen „Gaudi“ waren⁴⁷⁾. Ähnlich verhielt es sich mit der Einwohnerwehr, zu der ein Kollege von Kahrs äußerte, daß „er [wohl] wisse ..., daß man der bayerischen Einwohnerwehr vorwerfe, daß sie sich nicht ruhig genug verhalte, und nicht mit Unrecht, aber das liege nun einmal an der Bevölkerung, sie will Unterhaltung haben, und die geselligen Veranstaltungen hätten auch einen nicht zu unterschätzenden Wert, weil sie zur Nivellierung der sozialen Gegensätze beitragen“⁴⁸⁾. Zweifellos hatten auch die Aktivitäten und Exzesse anderer rechtsextremistischer Organisationen in Bayern, einschließlich der Nazis, derartige sozial-psychologische Funktionen, was auch ein deutliches Licht auf das Verhalten bayerischer Regierungsbeamter wirft, die – abgesehen davon, daß sie im allgemeinen mit solchen Organisationen sympathisierten – immer wieder unsicher wurden,

⁴⁶⁾ Ebd.

⁴⁷⁾ Bericht von Filseck, 1. November 1920, in: *Benz*, Politik in Bayern, S. 70.

⁴⁸⁾ Bericht von Filseck, 23. Dezember 1920, ebd., S. 73.

ob diese zu fördern oder zu unterdrücken waren. Von zentraler Bedeutung jedoch ist, daß die Ordnungszelle Bayern in zahllose Widersprüchlichkeiten verwickelt war, in ständiger Gefahr schwebte, in eine Anarchie abzugleiten und schließlich durch die Hyperinflation gewaltsam aus ihrem prekären Gleichgewicht geschleudert wurde.

Dies wird allein schon an der Tatsache deutlich, daß die Hyperinflation im Frühjahr und Sommer 1922, nach einer längeren Periode verhältnismäßig niedriger Preise, Bayern dann mit einer außergewöhnlichen Wucht traf. Die plötzliche Preissteigerungswelle, die alsbald den Bauern ein mit Norddeutschland vergleichbares Preisniveau bescherte, löste besonders große Besorgnis in der Regierung aus, wie der sächsische Botschafter in München berichtete: „Zieht man dann noch die psychologische Einstellung, vor allem auch des Südbayern, in Betracht, der durchaus nicht gewillt ist, zu leiden und zu tragen, wie seine übrigen deutschen Mitbürger, so kann man die Sorge der verantwortlichen hiesigen Kreise durchaus verstehen ...“⁴⁹⁾

Zeigten sich schon generell die Bayern gegenüber ihren leidenden deutschen Mitbürgern reichlich indifferent, so galt das in ganz besonderem Maße für die bayerischen Bauern, die sich weigerten, selbst für ihre bayerischen Landsleute Opfer zu bringen. Ihre Verhaltensweisen waren in der Tat von einer beachtlichen Spannbreite: Zum einen zeigten sich äußerst scharfsichtige Reaktionen auf die existierenden Markt- und Währungsverhältnisse, zum anderen kamen hemmungslose Vergnügungslust, so etwa in Form ausschweifender ‚Tanzlustbarkeiten‘ primitivster Art, zum Ausdruck. Ein Hauptgrund für die Teuerungswelle in Bayern war, daß nord- und mitteldeutsche Händler scharenweise auf das Land gingen, um dort bayerische Agrarprodukte aufzukaufen und diese andernorts gewinnbringend zu Höchstpreisen zu verkaufen. Natürlich verstießen derartige Transaktionen vielfach gegen die Vorschriften. Doch wie ein Beamter bemerkte: „Der Bauer müßte ein Engel sein, wenn er den fortgesetzten Reizungen völlig widerstehen wollte.“⁵⁰⁾ Aber bekanntlich fallen Engel selten vom Himmel. Dazu kamen andere

⁴⁹⁾ Bericht von Dziembowski, 28. April 1922, LHStA Dresden, Min. A. A., Nr. 2983, Bl. 179–181.

⁵⁰⁾ Halbmonatsbericht des Regierungspräsidenten von Schwaben und Neuburg, 19. Mai 1921, BayHStA München, MA, Nr. 102 147.

Verhaltensweisen der Bauern: Zunächst wurde Geld gehortet, um Steuern zu hintergehen; dann befreite man sich von großen Summen Papiergeld, um es für Luxusgüter, Verbesserungen an Eigenheimen und technischen Erneuerungen in der Landwirtschaft auszugeben; dagegen wurde endlos über die Getreideumlage geklagt und mit Lieferstreiks gedroht; schließlich machte sich ein notorischer Hang zu Starkbier sowie Bauernfesten bemerkbar.

All dies konnte im Ergebnis nur die Ressentiments und den allgemeinen Haß unter der Bevölkerung gegen die Bauern fördern. Gegen Ende 1922 hatten Felddiebstähle und Plünderungen auf dem Land beträchtlich zugenommen. Es verbreitete sich eine allgemeine Angst vor Lebensmittelknappheit. Die Regierung war mit Problemen konfrontiert, die der gewaltige Protest gegen die Abhaltung der Oberammergauer Festspiele am besten veranschaulicht. Man befürchtete, die ausländischen Besucherscharen würden den Bayern den gesamten Lebensmittelvorrat wegessen. Hingegen war die Regierung darauf bedacht, die Passionsspiele wie zuvor abzuhalten, nicht nur wegen ihrer christlich-religiösen Bedeutung, sondern primär deshalb, weil die Ausländer große Mengen von Devisen mitbrachten. Den bayerischen Verbrauchern wurde versichert, daß das von den Hotels angebotene Essen importiert und mit den Einnahmen der Festspiele bezahlt werden würde. Andere typisch bayerische Veranstaltungen wie die Münchener Gewerbeschau und das Oktoberfest litten unter ähnlichen Schwierigkeiten⁵¹⁾.

In Sachsen stand es um die Lebensmittelversorgung natürlich schlimmer als in Bayern, doch hier lag die Macht in den Händen der Linken. Die in Bucks Memorandum empfohlenen Kontrollausschüsse wurden spontan eingeführt, um auf diese Weise die empörten aber hilflosen Bauern unter Druck zu setzen und um gleichzeitig auch die Händler gefügig zu machen. Entgegen dem Willen der Sozialdemokraten und Gewerkschaftssekretäre versuchten Linksradi-kale und Kommunisten nicht nur Arbeiter, sondern auch unzufriedene Mittelständler – u. a. besonders Polizisten und Ärzte – zur Errichtung von Kontrollausschüssen zu mobilisieren, „die die Lebensmittel-, Wohnungs- und Kleiderverteilung, wenn nötig mit Gewalt in die Hand nehmen sollen“⁵²⁾. Ein kommunistischer Agitator aus

⁵¹⁾ Vgl. hierzu die verschiedenen Berichte der Regierungspräsidenten in ebd., Nr. 102 136, 102 147, 102 140, 102 150.

⁵²⁾ Halbmonatsbericht des Regierungspräsidenten von Niederbayern, 18. November 1922, ebd., Bd. 102 140.

Erfurt besuchte im November 1922 Straubing und Passau, um die Arbeiter zu ähnlichen Maßnahmen wie ihre Gesinnungsgenossen in Sachsen und Thüringen zu bewegen, denn – wie er erklärte – „die Führer der Revolution seien auf halbem Wege stehen geblieben“⁵³⁾.

Während Regierungspräsident von Pracher alles andere als glücklich war, daß solche Missionare in Niederbayern die Diktatur des Proletariats verkündeten, war seine größte Sorge dennoch, daß die Regierung nicht in der Lage war, mit den Problemen fertigzuwerden, zu deren Lösung die Kontrollausschüsse eingesetzt worden waren. Die Bauern hielten entweder ihr Getreide zurück, oder sie brachten nur die billigeren Sorten auf den Markt und warteten mit dem Verkauf der besseren so lange, bis die Preise weiterhin anstiegen. Wucherer und Schieber zahlten dank der Geldentwertung lächerlich geringe Geldbußen. Empörung löste sich unter den Bauern aus, als diese es mit gleicher Münze heimgezahlt bekamen: Von „Ärzten, Tierärzten, Apothekern, Rechtsanwälten, Gemeindeschreibern und sonstigen Vertretern freier Berufe“ wurden sie dazu gezwungen, für deren Dienste mit Nahrungsmitteln – vor allem Getreide – zu zahlen, die darüber hinaus auf der Grundlage der Vorkriegspreise berechnet wurden.

In einer kurzen Zusammenfassung veranschaulichte der besorgte von Pracher die soziale Situation des November 1922, die nicht nur die spezifisch bayerische, sondern auch die generelle Lage des Reiches betraf: „Die politische Lage ist zur Zeit gespannt. Die Sorge um das tägliche Brot wird nicht nur bei den Arbeitern, Angestellten und Beamten, sondern auch bei einem großen Teil der Gewerbetreibenden immer größer, von den Militär- und Sozialrentnern sowie Kapitalkleinrentnern gar nicht zu reden. In den Städten und den wohlhabenderen Landbezirken treten die Gegensätze besonders scharf hervor. Auf der einen Seite die verschiedenen Groß- und sonstigen Händler und die wohlhabenderen Landwirte, auf der anderen Seite die mit der Not kämpfenden Verbraucherkreise. Daß sich unter diesen Umständen auch die politischen Gegensätze immer mehr verschärfen, liegt nahe. Der Mißmut des werktätigen Volks richtete sich in der Hauptsache gegen die Juden und Bauern, wie man namentlich aus den Gesprächen, die in der Eisenbahn geführt werden, täglich hören kann. Die Nationalsozialisten scheinen immer mehr Anhang zu finden. Wenn sie sich auch nicht immer der gebotenen Zurückhaltung befleißigen, so bilden sie andererseits

⁵³⁾ Ebd.

doch einen nicht zu unterschätzenden Dämpfer für die Linksradi-
kalen, denen die Aufrichtung der Diktatur des Proletariats als Ideal
vorschwebt.“⁵⁴⁾

Von Pracher erkannte aber, daß das Kalkül der Nazis als
„Dämpfer“ – bald würden sie Bayern und eines Tages ganz
Deutschland einen hohen Preis abverlangen – von nur begrenztem
Wert war, denn um die Probleme zu lösen, mußte konkret etwas un-
ternommen werden. Auch andere waren dieser Ansicht. Hatte der
Münchener Landgerichtsrat Bretzfeld in der Sitzung der Preisprü-
fungsstellen im April eher lässig der Kampfansage gegen den Wu-
cher zugestimmt, so forderte er während der November-Sitzung in
Hannover durchgreifende Aktionen gegen Kartelle; er präsentierte
eine geradezu apokalyptische Zukunftsvision angesichts der Ver-
elendung von Mittelstand und Beamtentum, wenn der „Damm“
zwischen den Links- und den Rechtsextremisten auseinanderbre-
chen würde: „Es werde zum Endkampf kommen, und man werde
sich nur zu fragen haben, wer auf den Trümmern Deutschlands
herrschen werde, der Großkapitalist oder der Bolschewist. Der Weg,
den man jetzt gehe und der den Untergang des Mittelstandes in sich
schließe, führe zum Kampfe aller gegen alle.“⁵⁵⁾ Es bedurfte schließ-
lich keiner spektakulären Gedächtniskraft, um sich daran zu erin-
nern, daß der Autoritätsverlust des Staates, die wirtschaftliche Mi-
sere und das weitverbreitete Gefühl, beschwindelt und betrogen
worden zu sein, zum Präludium der November-Revolution von
1918 wurden. Wie ein Beamter pointiert mahnte: Es sei gefährlich,
den Dingen einfach freien Lauf zu lassen, zumal „das ‚Gehenlassen‘
die Hauptursache der Revolution war“⁵⁶⁾.

II.

Doch wessen Revolution sollte es dieses Mal sein? Bereits vor
der Ruhrbesetzung durch die Franzosen im Januar 1923 und noch
bevor die Hyperinflation in den nächsten elf Monaten immer spek-
takulärere Dimensionen annahm, hatte diese Hyperinflation die

⁵⁴⁾ Ebd.

⁵⁵⁾ Niederschrift über die 14. Tagung der Landes-, Provinzial- und Bezirks-
preisprüfungsstellen am 16., 17. und 18. November 1918 in Hannover,
Staatsarchiv Hamburg, Dep. f. Handel, Schiffahrt u. Gew. III, Pr IV 49/10,
S. 15.

⁵⁶⁾ Halbmonatsbericht des Regierungspräsidenten von Niederbayern, 18.
November 1922, BayHStA München, MA, Nr. 102 147.

deutsche Gesellschaft in einen außergewöhnlichen Zustand von sozialen Wirren versetzt. Sowohl der Triumph der „Wirtschaftspolitik“ über die „Politiker“⁵⁷⁾ als auch der Sieg rationaler Erwartungen und Kalkulationen über Begriffe von sozialer Ordnung und Gerechtigkeit hatten die von Canetti beschriebenen Massenerscheinungen hervorgerufen: Ein chaotisches An- und Neuordnen von Menschen und sozialen Gruppen, bei dem, wie ich anzudeuten versuchte, Produzenten ebenso den Kampf gegen Verbraucher aufnahmen wie sich Besitzer von Sachwerten gegen diejenigen mit liquiden Vermögenswerten wandten. Angesichts der Zustände in Sachsen und Thüringen schien sich die marxistische Vorhersage der Verelendung der Massen, die keine Produktionsmittel besaßen, zu verwirklichen, und dementsprechend versuchten die Kommunisten die Krise in politische Aktionen und eine proletarische Revolution zu transformieren. Wie die Situation in Bayern mit ihren total verwirrenden sowie verwirrten sozialen Konflikten viel präziser zeigen sollte, wirkte sich jedoch die Wirtschaftskrise auf ein hochdifferenziertes soziales System mit einem wenig gefestigten Parlamentarismus im Endergebnis so aus, daß zum einen Klassenunterschiede verwischt wurden und zum anderen eben jener politischen Bewegung gedient war, die am wirksamsten den Anti-Marxismus und Anti-Kapitalismus der Bevölkerung ansprach. Deshalb sollen abschließend die Vorgänge in Sachsen und Bayern im Jahre 1923 erörtert werden.

Die Ereignisse in Sachsen nahmen genau den Verlauf, den das diesbezügliche Memorandum vom Mai 1922 antizipiert hatte. Als die deutschen Inlandpreise umgerechnet über den Wechselkurs der Mark gegen Ende des Jahres in vielen Wirtschaftssektoren das Weltmarktniveau erreichten, führte der unvermeidliche konjunkturelle Umschwung zu einer bedeutend größeren Arbeitslosigkeit. Ende April 1923 gab es in Sachsen 70 000 Arbeitslose und zwischen 150 000 und 200 000 Kurzarbeiter. Bis Oktober stieg die Zahl der Arbeitslosen auf 112 000 und die der Kurzarbeiter auf 350 000⁵⁸⁾. Die

⁵⁷⁾ „Was den Kampf gegen die Kartelle angehe, so meine er, daß der Kampf zwischen dem Politiker und dem Wirtschaftspolitiker schon ausgetragen sei, und daß der Wirtschaftspolitiker darin gesiegt habe.“ Bemerkung des Oberregierungsrats Weber von der Landespreisprüfungsstelle Darmstadt, welche den Ausführungen Dr. Bretzfelds bei der Sitzung im November 1922 in Hannover beipflichtete, s. O. Anm. 55.

⁵⁸⁾ ZStA II, Rep. 120, BB VII, Fach I, Nr. 3y, Bd. 5, Bl. 56, 374.

Misere der Arbeitslosigkeit verschärfte sich noch dadurch, daß die Unterstützungsgesetze der Regierung nicht ausreichend waren, die Preise aber weiter kräftig anstiegen. Hinzu kam angesichts der Teuerungswellen das zunehmend wichtiger werdende Problem des Auszahlungstermins, d. h. wann und in welcher Form die Gelder ausbezahlt wurden. Ähnliche Probleme plagten auch die Glücklichen, die einen Arbeitsplatz hatten.

Abgesehen von den Eingaben um Hilfe versuchte die sozialistische Regierung Sachsens, unabhängig von Berlin, sowohl die Ordnung aufrechtzuerhalten als auch eine proletarische Konzeption der Gerechtigkeit zu fördern – wohl kein sehr einfaches Doppelvorhaben, vor allem weil sie mehr und mehr unter kommunistischen Einfluß geriet. Der kommunistische Trend selbst nahm merklich zu, als Buck gegen Ende März 1923 durch den viel weniger intelligenten und fähigen Linkssozialisten, Erich Zeigner, ersetzt wurde. Unter Zeigners Regierung wurden sowohl die Kontrollausschüsse, welche Bauern und Einzelhändler terrorisierten, als auch die proletarischen Hundertschaften beträchtlich vergrößert. Diese paramilitärischen, von jugendlichen Proletariern beherrschten Banden wurden anfangs mit Gummiknüppeln und für Straßenkämpfe geeigneten Wurfgeschossen, bald aber auch mit wirksameren Waffen ausgerüstet, um die Faschisten, gegen die sie ja angeblich organisiert worden waren, zu bekämpfen. Während die Befürchtungen einer Invasion bayerischer Faschisten sicherlich echt waren – in der Tat gab es gerade in Thüringen im Sommer und Herbst des Jahres einige Zusammenstöße und Straßenschlachten zwischen den Hundertschaften und den faschistischen Trupps –, so konzentrierten sich die Hundertschaften dennoch auf die Terrorisierung der ländlichen Bevölkerung und des Mittelstandes. Trotzdem gelang es weder den Kontrollausschüssen noch den Hundertschaften – ihre Aktivitäten wurden seitens der Kommunisten häufig mit der Behauptung legitimiert, daß sie für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung sorgten –, den zunehmenden Feld- und anderen Formen von Diebstählen hungriger Verbraucher einen Riegel vorzuschieben. Die sächsische Regierung, zweifellos aufrichtig gerührt von der schieren menschlichen Not und zutiefst beeindruckt von dem Dilemma offensichtlich nicht-realiserbarer Konzeptionen proletarischer Gerechtigkeit, verabschiedete im Juli 1923 entgegen der einstimmigen Opposition der bürgerlichen Parteien ein Gesetz, das eine Amnestie für Not- und Abtreibungsdelikte vorsah und unter anderem die Er-

klärung enthielt: „Not setzt eine ernstliche wirtschaftliche, vom Täter nicht schuldhaft herbeigeführte Bedrängnis voraus, die ihn persönlich oder solche Angehörige betrifft, gegenüber denen er unterhaltspflichtig ist.“⁵⁹⁾

Sowohl in den Städten wie auch auf dem Land erlebte Sachsen 1923 das ganze Jahr über Demonstrationen von Arbeitslosen und von Konsumenten, desgleichen Streiks und Plünderungen, die in der zweiten Hälfte des Jahres, als der passive Widerstand an der Ruhr ins Stocken geriet und schließlich abgebrochen wurde, während gleichzeitig die Hyperinflation astronomische Ausmaße annahm, zunehmend gewalttätiger wurden. Der städtische und ländliche Mittelstand war einem ständigen Terror ausgesetzt, wobei er diesen gegen ihn gerichteten Klassenkampf in einer Haltung widerwilliger Passivität hinnahm. Offener Widerstand wurde nicht geleistet, und tief verborgene Ressentiments kamen nur selten zum Ausbruch. In einem Fall hatten Bauern, die das Ährenlesen ihrer Felder so konsequent ausgeführt hatten, daß selbst für die zum herkömmlichen Nachlesen berechtigten Armen nichts mehr übriggeblieben war⁶⁰⁾, einen Jungen beim Nachlesen erwischt, den sie prompt verprügelten⁶¹⁾. In einem Freiburger Lokal – um ein anderes Beispiel zu nennen – wurden einige arbeitslose Gäste, die sich beim Tanz vergnügten, vom Gastwirt aufgefordert zu gehen, denn „er leide Leute ohne Stehkragen oder mit eingeschlagenem Hemde nicht in seinem Lokale“⁶²⁾. Zweifellos waren derartige Reaktionen nicht sehr vernünftig. In diesem Fall führten sie zu einer Gegenreaktion in Form eines – allerdings unbedeutenden – Krawalls, der dem Tanzvergnügen des Abends ein Ende setzte. Im Fall des unschuldig verprügelten Jungen stürzte sich eine wütende Menge auf die Bauern, die sich an ihm vergriffen hatten, und trieb diese gewaltsam durch die Gegend. Gerüchte einer arbeiterfeindlichen Haltung, die Verweigerung von Lohnerhöhungen oder die Schließung eines Betriebes aus wirtschaftlichen Gründen waren ähnliche Anlässe, „bewährte“ Formen kollektiver Gewalt gegen Arbeitgeber anzuwenden. In solchen Fällen strömte ein von den Hundertschaften geführter, wütender Mob

⁵⁹⁾ *Fabian*, Ein Stück Geschichte, S.41.

⁶⁰⁾ Bericht der Amthauptmannschaft Zittau, 2. August 1923, LHStA Dresden, Minist. d. Innern, Bd.11108, Bl.6.

⁶¹⁾ Bericht Polizeiamt Freiberg, 25. August 1923, ebd., Bl.76–78.

⁶²⁾ Siehe Bericht über die Vorgänge am 11.8.–18.8. in Penig, ebd., Bl.169–171.

zum Haus des unglückseligen Arbeitgebers, schnappte sich ihn oder seine Frau oder gar beide zusammen und zwang die betreffenden Opfer, die manchmal eine Tafel mit dem Wort „Menschenschinder“ hochhielten, manchmal eine rote Fahne trugen oder darin eingewickelt waren, durch die Stadt zu marschieren⁶³). Obwohl es ein schreckliches Erlebnis für diejenigen war, die auf diese Art und Weise schikaniert wurden, scheint es andererseits relativ wenige Vorkommnisse schwerer körperlicher Mißhandlungen und brutaler Gewaltanwendungen gegeben zu haben. Die kommunistische Führung war offensichtlich daran interessiert, öffentliche Störungen unter Kontrolle zu halten. Daß dies nicht immer einfach war, zeigte sich an einem Streik in Leipzig, wo Parteimitglieder – wütend über den friedlichen Abbruch des Streiks – demonstrativ ihre Mitgliedshefte zerrissen⁶⁴).

Der Höhepunkt dieser Entwicklung war im Oktober 1923 erreicht, als die Komintern aufgrund der vorangegangenen Ereignisse folgte, daß auch der restliche Teil Deutschlands in den Genuß der kommunistischen Kontrolle kommen sollte und könnte. Sie instruierte die sächsischen Kommunisten, sich mit den Sozialisten in einer Volksfrontregierung zusammenzuschließen. Die neue Regierung – in der Zeigner nun endgültig in der Hand der Kommunisten war – wurde am 9./10. Oktober gebildet und ging bald darauf ein Bündnis mit Thüringen ein, wo die politischen Entwicklungen sehr ähnlich verliefen, um mit dessen Hundertschaften angesichts einer eventuellen Invasion der Faschisten aus dem Süden zu kooperieren. Für die Kommunisten war freilich der Zweck dieses Bündnisses rein offensiv. Doch mit der Reichsexekution in Sachsen und Thüringen Ende des Monats mußte die Volksfront demissionieren, und weder Kommunisten noch Faschisten hatten Gelegenheit, ihre Intentionen in die Tat umzusetzen. Es nimmt nicht wunder, daß das sächsische Bürgertum die Reichswehr mit Blumen begrüßte. Es fehlt auch nicht an Beweisen, daß selbst einige – insbesondere ältere – Arbeiter das Ende der Unordnung willkommen hießen, obgleich sie es als ungerecht empfanden, daß nicht mit der gleichen Schärfe gegen die bayerischen Faschisten wie gegen die Kommunisten vorgegangen

⁶³) Die Akten des Sächsischen Ministeriums des Innern bestätigen weitestgehendst die Beschwerden, welche die sächsischen Arbeitgeber an die Reichsregierung richteten; siehe hierzu die Akten im Bundesarchiv Koblenz, R 43/1, 2307 ff.

⁶⁴) Bericht des Polizeipräsidiiums Leipzig, 16. August 1923, LHStA Dresden, Minist. d. Innern, Bd. 11 110, Bl. 291.

wurde; ebenso erbittert registrierten sie das unnachgiebige und herrische Verhalten der Arbeitgeber, sobald die Hundertschaften verschwunden waren⁶⁵).

Die roten Regime Mitteldeutschlands wurden natürlich von der Landesregierung und der Bevölkerung Bayerns mit Schrecken wahrgenommen, und die von den Hundertschaften ausgehenden Gefahren wurden bis zum Sommer und Herbst des Jahres mit einer fast bis zur Manie grenzenden Aufmerksamkeit beobachtet. Vor allem die bolschewistische Gefahr, aber gleichzeitig auch der Wunsch, nationalistische Gefühle in Verbindung mit dem Ruhrkampf zu bestärken, rechtfertigten nach Ansicht der Bayern, daß nazistische und andere rechtsradikale paramilitärische Gruppen toleriert und sogar unterstützt wurden. Die demonstrativen Aufmärsche entlang der thüringisch-bayerischen Grenze, gegenseitige Provokationen und offene Straßenkämpfe, vor allem in thüringischen, aber auch in sächsischen und sogar in einigen bayerischen Städten, verschärften das Gefühl der unmittelbaren Gefahr auf beiden Seiten. Wie die Kommunisten Bauern und Händler drangsalierten, so verübten die Nazis Gewalttätigkeiten an Juden, die von ihren Verfolgern geplündert, diffamiert und körperlich mißhandelt wurden⁶⁶).

Ähnlich den Hundertschaften fielen auch die Nazi-Trupps durch ihre typisch jugendliche Anhängerschaft auf, die ihren Führern beachtliche Disziplinierungsschwierigkeiten bereitete. Natürlich unterschieden sie sich in ihrer sozialen Zusammensetzung. Den Kern der Hundertschaften bildeten proletarische Arbeiter, während sich bei den Nazis vorwiegend Studenten, aber auch Angehörige anderer mittlerer Schichten zusammenfanden. Im Februar 1923 beschrieb ein Regierungspräsident die Parteimitgliedschaft der Nazis folgendermaßen: „Die Partei bildet eine Vereinigung der verschiedensten Elemente. Wir finden unter ihren Anhängern und Freunden stürmische Idealisten, gedankenlose Patrioten, unzufriedene und verunglückte Existenzen aller Art, vielfach auch Leute, die politische Störungen charakterlos zu ihrem persönlichen Vorteil auszuschlachten suchen. Sie finden Gefallen am Auftreten der Sturmtrupps, wollen ihren Mut zeigen und ihre Freude wird verklärt

⁶⁵) Bericht des amerikanischen Konsuls Dreyfus in Leipzig vom 3. November 1923, U. S. National Archives 863.00/1361.

⁶⁶) Die Nachweise hierzu befinden sich im LHStA Dresden, Minist. d. Innern, Bd. 11 097 ff., sowie auch im BayHStA München, Generalstaatskommissar, 43–44.

durch die Hoffnung, dem Vaterlande zu nützen ... Man findet unter ihnen Angehörige aller Stände und Bildungsstufen, selbst hohe Staatsbeamte ... Unter den Unzufriedenen finden wir ehemalige Offiziere, die um ihr Dasein kämpfen, Rentner in der gleichen Lage, brotlose geistige Arbeiter ...⁶⁷⁾ Wie die Kommunisten schlugen auch die Nazis Kapital aus der öffentlichen Wut gegen Wucherer und Schieber – zu jener Zeit übrigens ein zentrales Thema in Hitlers Reden⁶⁸⁾. Das Ziel der Nazis wie das der Kommunisten reichte weit über die unmittelbare Krise hinaus bis zur politischen Machtergreifung des Reiches und der Errichtung einer Diktatur. Das sowjetische Modell hatte die gleiche Bedeutung für die Kommunisten wie das italienische für die deutschen Faschisten⁶⁹⁾.

Die Wirtschaftskrise bot also, wie in den Jahren von 1930 bis 1933, so auch 1922/23, Deutschlands totalitären Parteien die unentbehrliche Gelegenheit, sich in einer Machtergreifung zu versuchen. Und an diesem Punkt meiner Analyse wird deutlich, daß die Spannungsverhältnisse zwischen Sachsen und Bayern sowie die ausgetragenen Kämpfe zwischen Nazis und Kommunisten während der Hyperinflation als eine Generalprobe für die endgültige Krise der Republik zu betrachten sind.

Freilich sind auch die unterschiedlichen Ausformungen dieser beiden Krisen von Bedeutung. Deutschland konnte nur von Berlin aus und nicht durch Putsche in München, Hamburg, Sachsen oder Thüringen erobert werden. Dies gilt vornehmlich für Bayern, wo

⁶⁷⁾ Halbmonatsbericht des Regierungspräsidenten von Schwaben und Neuburg, 7. Februar 1923, BayHStA München, MA 102 147.

⁶⁸⁾ Siehe *Eberhard Jäckel* und *Axel Kuhn*, Hitler. Sämtliche Aufzeichnungen 1905–1924 (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Bd. 21, Stuttgart 1980), S. 678 ff., 692 ff., 743 ff., 945 ff.

⁶⁹⁾ Hinweise auf diese zwei Modelle finden sich weit verstreut in dem in Anm. 66 zitierten Aktenmaterial. Die Tatsache, daß die sozialen Protestbewegungen – der extremen politischen Rechten auf der einen Seite und der extremen politischen Linken auf der anderen – analoge sozio-ökonomische Ursachen aufwiesen, bedeutet nicht – um dies klar zu unterstreichen –, daß auch die diesen Bewegungen zugrundeliegenden Systeme identisch waren. Die hier ausgeführten Erörterungen sind nicht als ein Argument zur Untermauerung der „Totalitarismus“-These zu verstehen. Bei den Kommunisten stellt sich ferner die Frage, ob ihr Versuch der Machtergreifung von 1930/33 im gleichen Sinn zu betrachten ist wie ihre machtpolitischen Bemühungen in den 20er Jahren. Zu den Zielen der Kommunisten in der Frühzeit der Weimarer Republik siehe *Werner Angress*, *Stillborn Revolution: The Communist Bid for Power in Germany, 1921–1923* (Princeton 1963).

sich die Regierung, auch ohne noch das Reich erobern zu wollen, mit genügend Problemen konfrontiert sah – auch wenn die zeitweiligen Präntentionen der Regierung den entgegengesetzten Anschein hatten. Die indifferente Haltung der Landbevölkerung gegenüber dem Ruhrkampf war für die patriotische Gesinnung eines von Kahr fast so anstößig wie das Verhalten eines von ihm vor Gericht gestellten Super-Schlemmers, der anlässlich einer Wette ein ganzes Kalb innerhalb von 24 Stunden verzehrt hatte⁷⁰). Bayerns Arbeiterklasse war zwar weder so zahlreich noch so bedeutend wie die von Sachsen, doch als die hungrigen Penzberger Bergarbeiter den Kartoffelklau organisierten und sich die Felddiebstähle zusehends häuften, auch die mittelständischen Verbraucher am Hungertuch zu nagen begannen, wandte sich die bayerische Regierung primär und allein den Belangen Bayerns zu⁷¹). In der Tat war es eine der Hauptsorgen der sächsischen Regierung, daß die Bayern in Verbindung mit ihren Überlegungen, den Lebensmittelexport zu verbieten, auch ihre Kartoffellieferungen nach Sachsen einstellen könnten. Ähnlich wurde die bayerische Regierung dazu gezwungen, angesichts der wachsenden Volkswut gegen Wucherer und Schieber zu handeln. Wenn sie auch nicht, wie die Nazis und andere Gruppen zuweilen forderten, die Todesstrafe einführte (hätte man z. B. den Großkaufmann [und Vater des berühmten Sohnes] Josef Neckermann aus Würzburg für sein regelwidriges Verhalten hinsichtlich der Ernte im Jahre 1922 sowie 47 andere ehrbare Geschäftsleute im Dezember 1923 für ähnliche strafbare Vergehen an den Galgen bringen sollen?), so mußte sie trotzdem Entschlossenheit an den Tag legen⁷²).

1923 war der Ruf nach einem Diktator in Bayern allgemein, aber nicht um das Reich zu erobern, sondern um die Hyperinflation zu bewältigen. Mit der Ernennung von Kahrs zum Generalstaatskommissar am 26. September 1923 wurde sowohl diese Forderung erfüllt als auch eine Alternative zu den von den Nazis propagierten Gewaltlösungen angeboten. Es ist interessant, hier anzumerken, daß sich selbst unter der bayerischen Arbeiterschaft Sympathisanten des Hitler-Putsches befanden. Wie der Regierungspräsident berichtete:

⁷⁰) Siehe seinen Bericht in BayHStA München, MA 102136.

⁷¹) *Klaus Tenfelde*, Proletarische Provinz. Radikalisierung und Widerstand in Penzberg/Oberbayern 1900–1945, in: *Martin Broszat* et. al., Bayern in der NS-Zeit, Bd. IV (München und Wien 1981), S. 135ff.

⁷²) Übersicht über die Tätigkeit der Überwachungsabteilung, Dezember 1923, BayHStA München, Generalstaatskommissar 53, Bl. 52.

„In Arbeiterkreisen – auch in einem großen Teil der linksgerichteten – besteht Sympathie für Hitler, von dessen Unternehmen man sich eine Besserung der trostlosen Wirtschaftslage erhofft hatte.“⁷³⁾ Dieser Ruf nach Aktionen, ungeachtet der Tatsache, aus welcher Ecke sie kamen, erklärt den zunehmenden Druck auf von Kahr gegen Ende des Jahres 1923: „Populär kann die Diktatur nur durch Anwendung von Zuchthaus und Todesstrafe gegen Volksschädlinge werden. Dem zermürbten Volk schwebt zur Zeit kein höheres Ziel vor Augen als der Preisabbau. Da die bisherigen Mittel sich zu sehr in den alten Geleisen bewegten und entweder nicht oder zu langsam wirksam werden, bleibt nichts anderes übrig, als zur Isolierung Bayerns in wirtschaftlicher Hinsicht zu schreiten, die Grenzen zu sperren, unbekümmert um alle Drohungen mit dem Entzug von Kohle und Kartoffeln.“⁷⁴⁾

Doch um von Kahr gegenüber fair zu sein, muß die Tatsache unterstrichen werden, daß er so viel Ordnung, wie nur irgend möglich, in der Ordnungszelle Bayern schuf, indem er die Nahrungsmiteinfuhr vom Land nach München und in andere Städte erzwang, sowohl die Mieten für die Armen als auch den Preis des Biers reduzierte und die strafrechtliche Verfolgung von Wucher verschärfen ließ. Freilich engagierte er sich auch für seine eigenen, von ihm bevorzugten, weniger bewundernswürdigen Ordnungsprogramme: Politische Demonstrationen und Streiks wurden verboten, der Linken restriktive Bestimmungen auferlegt. Zweifellos war in dieser Hinsicht seine allgemein populärste Tat die Ausweisung einer großen Anzahl von Juden aus Bayern⁷⁵⁾. Selbst wenn seine Vorhaben nicht vollständig durchgeführt werden konnten, blieben immer

⁷³⁾ Halbmonatsbericht des Regierungspräsidenten von Niederbayern, 18. November 1923, ebd., MA Nr. 102 140.

⁷⁴⁾ Halbmonatsbericht des Regierungspräsidenten von Oberbayern, 19. Oktober 1923, ebd., Nr. 102 136.

⁷⁵⁾ „Viele Leute haben heute wieder vergessen und noch viel mehr, haben nie gewußt, daß die ersten antisemitischen Kampfmaßnahmen in Deutschland nicht von der Hitler-Bewegung, sondern von dem ‚Staatsmann‘ Kahr ausgegangen sind, der damit nichts anderes bezweckte, als auch mit dieser Gemeinheit Hitler den Rang abzulaufen.“ Diese Bemerkung stammt von dem Münchener Rechtsanwalt, Philipp Löwenfeld; zu dessen Auseinandersetzung mit Kahr über die Frage der Judenausweisung siehe die weiteren interessanten Einzelheiten bei *Monika Richarz* (Hrsg.), *Jüdisches Leben in Deutschland. Selbstzeugnisse zur Sozialgeschichte 1918–1945* (Stuttgart 1982), S. 82–85.

noch die Wunschträume übrig. In seinem „Manifest zum fünften Jahrestag der roten Internationale über Deutschland“ – spricht: die Novemberrevolution – verkündete von Kahr den Sieg über den Marxismus mit der Erklärung: „In der Zeitaufgabe, der Schaffung des neuen deutschen Menschen, liegt die sittliche Berechtigung der Diktatur. Denn sie bietet die einzige Möglichkeit, die Grundlagen für die Erziehung des neuen Geschlechts freier Deutscher zu schaffen.“ Die Massen, darauf insistierte er, müßten sich in eine Nation umwandeln: „Das kann nur dadurch gemacht werden, daß wir dieser Menge zusammenhangloser, zum Teil entgegengesetzt empfindender Menschen, die uns die Revolution als Erbe der Verwaltung und Führung hinterlassen hat, überhaupt erst eine allgemein verbindende Lebensidee geben.“⁷⁶⁾

Es wäre aber zugleich eine resolutere und geschicktere Führung als die von Kahrs erforderlich gewesen, um sein Programm und seine Ziele in die Wirklichkeit umzusetzen und den von ihm verkündeten Krieg gegen den Marxismus zu vollenden. Doch diejenigen, die es tröstlich finden, daß Weimar das Jahr 1923 überlebte, sollten auch die andere, die ernüchternde Seite dieser Tatsache nicht aus den Augen verlieren: Sowohl die Geschichte Bayerns und Sachsens während der Hyperinflation und der gärende Bürgerkrieg als auch die in beiden Ländern ausgesprochene Ablehnung solcher moderner Institutionen wie die des industriellen Kapitalismus und parlamentarischen Liberalismus erscheinen um so gewichtiger, wenn man sie aus dem Blickwinkel von Weimars Überlebenschancen in der nächsten großen Wirtschaftskrise betrachtet. Die Niederlage der extremen Linken in Sachsen und Thüringen im Jahre 1923 – wie vormals ihr Fehlschlag 1919 in Bayern – schuf die Voraussetzung für den Erfolg der extremen Rechten. Im Hinblick darauf wäre es von Interesse, einmal die Vorgänge näher zu durchleuchten, durch die der Aufstieg der NSDAP in den Wahlen in Thüringen am 8. Dezember 1929 und in Sachsen am 22. Juni 1930 signalisiert wurde, bevor die Reichstagswahlen im September 1930 den Sieg der Nazis dramatisch demonstrierten. Die Tatsache, daß der Münchner Polizeibeamte und zugleich Teilnehmer des Hitler-Putsches, Wilhelm Frick, im Januar 1930 nationalsozialistischer Innenminister Thüringens wurde und 1933 zum Reichsinnenminister avancieren sollte, ist

⁷⁶⁾ Münchener Zeitung, 11. November 1923, Nr. 310/311, S. 5. Diesen Hinweis verdanke ich Herrn Martin Geyer.

nicht nur von symbolischer Bedeutung⁷⁷⁾. Das Scheitern der Republik war wohl kein unabwendbares Schicksal, doch die Grundbedingungen der Zerstörung Weimars, wie ich es sehe, sind in seiner Geschichte bereits fest verankert.

⁷⁷⁾ Ausführlicher wird dies in den einschlägigen Abschnitten bei *Huber, Facius* und *Kretzschmar* – wie Anm. 12 – erörtert.